

**Inhalt.** Die Bauten der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn im Oderthal bei Stettin. — Die Enquête über das Urheberrecht auf dem Gebiet der bildenden Kunst. — Belastungsproben der Brücke über den Zeglin-Strom bei Stettin in der Eisenbahnlinie Stettin-Stargard. — Mittheilungen aus Ver-

einigen: Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin. — Konkurrenzen: Monats-Aufgaben für den Architekten-Verein zu Berlin. — Personal-Nachrichten. —

## Die Bauten der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn im Oderthal bei Stettin.

Nach einem Vortrage des Hrn. Reg.- u. Baurath Wiebe, gehalten in der Versammlung des Berliner Architekten-Vereins am 17. April 1875. \*)

Hierzu 2 Situationspläne in besonderer Beilage.

Die 351 Kilometer lange Bahnlinie der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn von Breslau über Rauten, Grünberg, Glogau, Rothenburg, Reppen, Küstrin, Königsberg und Greifenhagen tritt in der Nähe ihres vorläufigen Endbahnhofes Stettin in das breite Oderthal ein, welches von ihr in der allgemeinen Richtung von Süden nach Norden schräg durchschnitten wird, ohne dass dabei ein Uebergang über den Hauptstrom der Oder stattfindet. Die Länge der Bahn im Oderthale ist, mit Hinzurechnung der Längenerstreckung des Bahnhofes bei Stettin, welche 1430<sup>m</sup> beträgt, 7060<sup>m</sup>.

Diese nur kurze Strecke ist ausserordentlich reich an Bauschwierigkeiten und enthält insbesondere eine grössere Anzahl von Brücken mit erheblichen Spannweiten, deren konstruktive Ausführung sowohl, wie die vorhergehenden Ermittlungen zur Bestimmung der Spannweiten dem Fachmanne mancherlei Interessantes bieten.

In der Nähe Stettins fliessen die Wasser der Oder in zwei Armen, von denen der grössere, die Oder genannt, unmittelbar neben dem linksseitigen — nördlichen — Thalrande liegt, während der andere, der mit dem Namen der Grossen Reglitz bezeichnet wird, neben dem rechtsseitigen — südlichen — Thalrande verläuft. Zwischen diesen beiden Hauptarmen bestehen zahlreiche Verbindungen durch Wasserläufe von kleiner und grösserer Art, die theils natürliche, theils auch künstliche Bildungen sind. Die bedeutendsten darunter sind, in der Hauptrichtung von Westen nach Osten fliessend: die Kleine Reglitz, die Parnitz und der Dunzig. Von den genannten Flüssen werden die Gr. Reglitz, die Kl. Reglitz und die Parnitz von der neuen Eisenbahnlinie überschritten.

Vor Aufzählung und Beschreibung der einzelnen neuen Bauobjekte sind über die wesentlichsten der eigenthümlichen Verhältnisse des unteren Laufes der Oder und des Oderthals, wie auch die sonstigen, für die neuen Anlagen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn bestimmenden Faktoren etwa folgende Angaben zu machen.

Die Oder ist in den Provinzen Schlesien und Brandenburg bis 8<sup>Km</sup> oberhalb Schwedt, d. i. etwa 83<sup>Km</sup> oberhalb Stettin eingedeicht. Von da ab findet eine freie Inundation des Flussthals statt, dessen obere Breite von etwa 2500<sup>m</sup> sich bis kurz unterhalb Stettin auf 9500<sup>m</sup> erweitert. Etwa 30<sup>Km</sup> von Stettin abwärts tritt der Strom in das geräumige Becken des Haffs ein, das in seiner Erstreckung von Westen nach Osten etwa 50<sup>Km</sup> lang ist und bekanntlich durch die 3 engen Ausgänge: Peene, Swine, Divenow mit der Ostsee in Verbindung steht.

Von den beiden oben genannten Hauptarmen der Oder erweitert sich die Gr. Reglitz nordöstlich von Stettin zu dem 60 □<sup>Km</sup> grossen Dammschen See, um sich durch Vermittelung des Kameelstromes 15<sup>Km</sup> nördlich von Stettin mit der eigentlichen Oder zum Dammsch zu vereinigen. Dieser Flusslauf geht in allmähig vergrösserter Breite zuerst in das Papenwasser und dann in das Haff über.

Aus diesen generellen Angaben wird ersichtlich sein, dass die Wasserstände und Wassermassen des Oderstroms in der Nähe Stettins mancherlei Wechseln unterliegen müssen und dass die Ermittlung der betr. Zahlen so genau, dass dieselben als Elemente für möglichst richtige Bestimmung baulicher Anlagen im Oderthale mit Sicherheit benutzt werden können, mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Die Wasserstände in den verschiedenen Oderarmen bei Stettin resultiren:

a. aus dem wechselnden Spiegel der Ostsee, 70<sup>Km</sup> unterhalb Stettin;

b. aus den oberen Zuflüssen des Oderstroms selbst.

Wenn auch die Ostsee von regelmässigen Ebbe- und Flutherscheinungen frei ist, so wechselt dennoch, nach Richtung und Stärke des Windes, die Spiegellage derselben in ziemlich weit auseinander liegenden Grenzen. Einerseits kommen bei heftigen Stürmen aus den Richtungen Nordwest, Nord und Nordost Anschwellungen bis zu 1,50<sup>m</sup> Höhe über Mittelwasser, andererseits bei Stürmen aus den ent-

gegengesetzten Richtungen Spiegel-Senkungen bis 1,25<sup>m</sup> unter M. W. vor, so dass der Wechsel in der Spiegellage der Ostsee vor Swinemünde nicht weniger als 2,75<sup>m</sup> beträgt.

Die hohen Anschwellungen treten meist plötzlich auf und sind von kurzer Dauer; dieselben sind aber ausreichend, um durch den eingehenden Strom, der sich dabei in den 3 Haff-Mündungen: Peene, Swine, Divenow herausstellt, den Spiegel des Haffs so weit zu erheben, dass im Oderstrom ein noch über Stettin hinaus sich erstreckender Rückstau bemerkbar wird.

Das Gefälle der unteren Oder beträgt bei Mittelwasser in der Flusstrecke Schwedt-Stettin (75<sup>Km</sup>) 1,02<sup>m</sup>, in der Strecke Stettin-Swinemünde (70<sup>Km</sup>) 0,55<sup>m</sup>, zusammen also 1,57<sup>m</sup>. Als Ausnahmefälle sind vorgekommen, dass das Gefälle vom Haff bis zur See 1,50<sup>m</sup>, dasjenige von Schwedt bis Swinemünde 4,70<sup>m</sup> betrug. — Tritt in der Oder ein Rückstau bei besonders niedrigem Wasserstande derselben ein, so wird das Gefälle des Stroms bis Schwedt hinauf aufgehoben.

Der Einfluss der Ostsee- und Haff-Spiegel auf die Oderstände erstreckt sich nicht über Schwedt hinaus; schon an diesem Orte ist der Wasserstand fast nur noch abhängig von den Zuflüssen, die die Oder von oben erhält. Bei aussergewöhnlichen Hochwässern steigt hier der Flusspiegel bis zu 3,10<sup>m</sup> über M. W., während er in Zeiten längerer Dürre bis zu 1,10<sup>m</sup> unter M. W. hinabsinkt.

Aus den in grosser Zahl möglichen Kombinationen, die zwischen dem Ostseespiegel und dem Oderspiegel bei Schwedt stattfinden können, resultiren die Wasserstände der Oder bei Stettin, die Grenzwerte liegen 1,6<sup>m</sup> über und 0,80<sup>m</sup> unter Mittel-Wasser, so dass der Wechsel im Oderspiegel bei Stettin im Maximum 2,40<sup>m</sup> beträgt.

Ein negatives Gefälle des Wasserspiegels in der Stromstrecke zwischen Stettin und dem Haff ist aus den Pegelbeobachtungen, welche 22 Jahrgänge umfassen, nicht nachweisbar; höchstens können bei entsprechender Windrichtung während der Zeit niedriger Wasserstände kleine lokale Strömungen beobachtet werden, die ihre Richtung stromaufwärts nehmen. Dass bei Stettin zeitweilig Einstromungen von unten stattfinden, ist aus dem vorliegenden Beobachtungs-Material jedenfalls nicht nachweisbar.

Diese Thatsachen laufen den im Publikum bisher verbreiteten Anschauungen entgegen; sie bilden aber die zuverlässige Basis für die Aufstellung: dass durch die Führung eines Bahndammes im Oderthal bei Stettin keine der Ursachen verändert wird, welche auf die Wasserstände daselbst Einfluss haben, mithin auch die Wasserstände an sich dort nicht verändert werden, vorausgesetzt, dass der Damm mit den nöthigen Durchbrechungen versehen wird, die zur Durchführung der Oder-Hochwasser erforderlich sind.

Zuverlässige Bestimmungen über die Hochwassermengen der unteren Oder fehlen bislang. Der in den vorhandenen Brücken-Anlagen der Bahnlinie Stettin-Stargard zur Bestimmung der Brückenweiten für eine zweite, das Oderthal in unmittelbarer Nähe jener kreuzende Bahn gebotene Anhalt (vergl. Fig. 1) war bei der, sehr bedeutend über das wirkliche Bedürfniss hinausgehenden Oeffnungsweite der Fluthbrücken in jener Bahn nicht wohl benutzbar. Daher war man bei den in den Jahren 1869 und 70 ausgeführten Vorarbeiten für die Brückenbauten der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn auf die Herbeischaffung anderweitiger Unterlagen angewiesen, als welche sich die Untersuchungen darboten, die gelegentlich der Aufstellung eines Projekts zum Bau einer Brücke über die Oder bei Güstebiese (75<sup>Km</sup> oberhalb Schwedt) angestellt worden waren. Aus den bei der Regierung zu Frankfurt a. O. geführten technischen Untersuchungen über diesen Bau hatte sich ergeben, dass die Oder unterhalb der Warthe-Mündung bei Küstrin bei dem bekannten höchsten Wasserstande am 3. April 1855, 4143 kb<sup>m</sup> Wasser pro Sek. geführt habe.

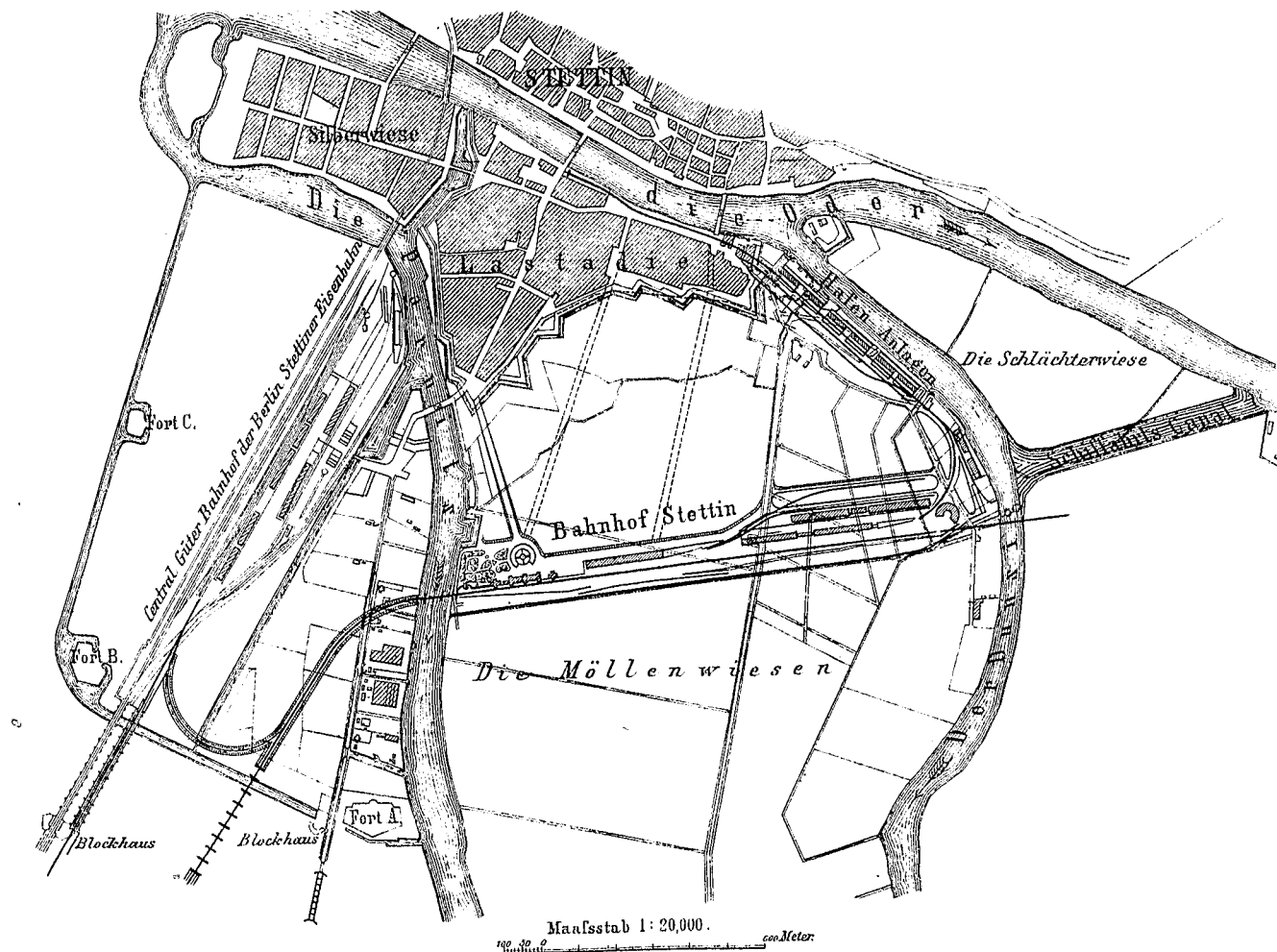
Diese Wassermenge passirt im Oder-Durchstich bei Neuglietzen (30<sup>Km</sup> oberhalb Schwedt) durch ein scharf begrenztes, geschlossenes Profil; ebenso geht dieselbe durch die Brückenöffnungen eines wasserfreien Damms, der das Oder-

\*) Vergl. die Berichte S. 159 und 245 dies. Ztg.

# SITUATIONSPLAN der Eisenbahnlinie in der Umgebung von STETTIN.



## ÜBERSICHTS-PLAN der Bahnhofs und Hafenanlage zu STETTIN.



thal bei Schwedt überschreitet, und durch die verschiedenen Brücken, welche in der Stettin-Stargarder Bahn in ihrer Anfangsstrecke, Stettin-Finkenwalde erbaut worden sind.

Es war nun aus graphischen Darstellungen über den Verlauf zahlreicher Hochwasser an den genannten 3 Punkten des Oderthals nachweisbar, dass die Dauer der Kulminationen der Hochwasser bei Neu-Glietzen, Schwedt und Stettin etwa in dem Verhältniss von 6:7:9 steht, und hieraus wiederum ergab sich, unter angemessener Berücksichtigung der Zunahme des Niederschlags-Gebietes der Oder in der Strecke von der Warthemündung bis Stettin stromabwärts, dass die Hochwassermengen des Stromes beim oben angegebenen grössten bekannten Hochwasser betragen haben: bei Schwedt: 3957 kb<sup>m</sup>, bei Stettin: 3092 kb<sup>m</sup> pro Sekunde. Die auf den ersten Blick vielleicht auffällige Thatsache der Abnahme des Sekunden-Quantums mit dem Näherücken an die Mündung des Stromes erklärt sich, wenn man die längere Dauer in Betracht zieht, während welcher in der unteren Stromparthie die Hochfluth sich behauptet. Diese, wie ziffermässig angeben, erheblich längere Dauer wird bedingt durch die Abnahme des Stromgefälles und dadurch, dass die Hochwasser sich ungehindert in der ganzen Niederung bei Stettin ausbreiten können, weil deren höchste Terrainpunkte sich nur um etwa 0,50<sup>m</sup> über den Mittelwasserstand erheben, während die durchschnittliche Lage dieses Terrains 0,30<sup>m</sup> über M.-W. nicht übersteigt. —

Bis zu einem Zeitpunkte, der gegenwärtig etwa 8 Jahr zurückliegt und zu welchem der, jetzt seiner nahen Vollen- entgegengewandte vollständige Umbau der Bahnstrecke Stettin-Finkenwalde begann, dienten zur Abführung dieser Wassermengen folgende in der Stettin-Stargarder Bahnlinie liegenden hölzernen Brücken:

1. die Brücke über die Oder und die Parnitz nebst den Fluthbrücken hierzu mit zusammen 1732<sup>m</sup> Oeffnungsweite
2. die Brücke über die Kleine Reglitz, mit Fluthbrücke . . . 226<sup>m</sup> „
3. die Brücke über die 3 Arme der Grossen Reglitz (der Brückenstrom, die Kahnfahrt, der Zeglinstrom (vgl. Sit.-Plan Fig. 1) mit Fluthbrücken, zusammen . . . 1506<sup>m</sup> „

Summa 3464<sup>m</sup> Oeffnungsweite

Die sub 1 genannte Brücke ist in Folge der Anlage des Zentral-Güterbahnhofes Stettin später eingegangen; an ihrer Stelle sind 2 getrennte Brücken über den Oderstrom und die Parnitz nebst einer Fluthbrücke mit zusammen 294<sup>m</sup> Oeffnungsweite, sämmtlich mit eisernem Ueberbau ausgeführt, erbaut worden. Die Brücken sub 2 und 3 existirten noch, als im Jahre 1872 die Projektirungsarbeiten für das Stück der Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn im Oderthal bei Stettin gemacht wurden.

Die Länge der eigentlichen Strombrücken in der Stettin-Stargarder Bahn betrug, in Prozenten der Gesamtlänge (von 2026<sup>m</sup>) ausgedrückt, damals nur 20%, während die Gesamtlänge der Fluthbrücken die übrigen 80% ausmachte. Es liess sich durch Rechnung nachweisen, dass die Abführung der Hochwasser mit diesem Verhältniss in völligem Widerspruch stand, indem von der Gesamt-Abflussmenge von 3092 kb<sup>m</sup> Wasser nur 22% durch die Fluthbrücken dagegen 78% durch die Strombrücken zum Abfluss gelangten.

Durch die Klarlegung dieses Missverhältnisses sah die Eigenthümerin der Stettin-Starg. Bahn, die Berl.-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, sich veranlasst, von ihrer früheren Absicht: die bisherige Länge ihrer Brücken im Oderthal beizubehalten und nur an die Stelle des Holzbaues derselben nach und nach Massivbau treten zu lassen, abzugehen und eine angemessene Beschränkung der Fluthbrückenlänge zur Durchführung zu bringen.

Die entsprechend reduzierten Brückenweiten der Stett.-Starg. Bahn (diese Reduktion ist zur Zeit noch in der Ausführung begriffen) sind demnächst für die Brückenweiten in der Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn maassgebend geworden. In dem 7060<sup>m</sup> langen Damm derselben, der sich vom rechtsseitigen Thahrande bei Podejuch mit Ueberschreitung der Grossen Reglitz, der Kleinen Reglitz und der Parnitz bis zum Dunzigufer erstreckt (vergl. Sit.-Plan, Fig. 1 u. 2) kommen folgende Brücken zur Ausführung.

1. die Brücke über die Grosse Reglitz, 72° schräg zum Stromstrich gerichtet; 3 Hauptöffnungen und 1 Fluthöffnung von je 70<sup>m</sup> Weite, ferner eine zweiarmlige Drehbrücke mit je 14,3<sup>m</sup> Weite; Gesamtlänge einschl. der Pfeiler . . 342<sup>m</sup>

2. die Brücke über die Kleine Reglitz; dieselbe bildet zugleich die Unterführung für die Stettin-Starg. Bahn und besteht aus 1 Hauptöffnung von 60<sup>m</sup>, 2 Seitenöffnungen von je 36<sup>m</sup> und 2 überwölbten Oeffnungen von je 8<sup>m</sup> Weite. Gesamtlänge incl. der Pfeiler . . . 176<sup>m</sup>
3. eine Fluthbrücke, korrespondirend mit derjenigen der Stett.-Starg. Bahn unmittelbar vor dem südlichen Ende des Zentral-Güterbahnhofes (Sit.-Pl. Fig. 2); 9 Oeffnungen zu je 35,3<sup>m</sup> Weite. Gesamtlänge incl. Pfeiler . . . 343<sup>m</sup>
4. Unterführung der Chaussee Stettin-Alt-damm, 50° schräg zur Strassenaxe gerichtet; 2 Oeffnungen zu 9 u. 10<sup>m</sup>; Gesamtlänge . . 27<sup>m</sup>
5. die Brücke über die Parnitz, welche 72° schräg gegen den Strom gerichtet ist: 2 Hauptöffnungen zu je 36<sup>m</sup>, 2 Oeffnungen einer Drehbrücke von je 14,3<sup>m</sup> und 1 Strassen-Unterführung von 8,4<sup>m</sup> Weite. Gesamtlänge einschliesslich Pfeiler . . . 132<sup>m</sup>

Zusammen an Brückenlänge und Breite von 32 Brückenpfeilern . . . 1020<sup>m</sup>

Ausser den genannten Brücken hat die Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn-Gesellschaft in der benachbart (südlich) liegenden, von Stettin nach Altdamm führenden Chaussee noch eine hölzerne Fluthbrücke von 130<sup>m</sup> Gesamtlänge (vergl. Sit.-Pl. Fig. 1 u. 2) erbauen müssen, welche dazu dienen soll, die bisher vorhandenen Fluthbrücken und Ueberstauungs-Profile zu ersetzen, die durch den Bahndamm gedeckt werden.

Der Nullpunkt des Stettiner Baumbrücken-Pegels liegt nach heutigen Annahmen 1,65<sup>m</sup> über Null des Amsterdamer Pegels. Auf letzteren bezogen betragen, mit geringen Abweichungen in den einzelnen Stromarmen, die Höhenkoten. des höchsten bekannten Wasserstandes (1855) . . . 3,98<sup>m</sup> des gewöhnlichen Hochwassers . . . 3,04<sup>m</sup> des mittleren Wasserstandes (Durchschnitt sämmtlicher

Wasserstände . . . 2,31<sup>m</sup> des gewöhnlichen Sommerwasserstandes . . . 2,12<sup>m</sup> des gewöhnlichen Niedrigwassers . . . 1,83<sup>m</sup> des kleinsten bekannten Wasserstandes (1863) . . . 1,54<sup>m</sup> des Terrains im Oderthale . . . 2,60—2,80<sup>m</sup>

Nach Ueberschreitung der Gr. Reglitz wird die neue Bahn mit der Höhenkote 4,60<sup>m</sup> auf 1851,5<sup>m</sup> Länge durch das Oderthal geführt; sie erhebt sich sodann, behufs gleichzeitiger Ueberbrückung der Kl. Reglitz und der auf einem Damme liegenden Stettin-Starg. Bahn, bis auf 11,70<sup>m</sup> und fällt bis zur Fluthbrücke auf 7,14<sup>m</sup>, in welcher Höhe sie über die Chaussee nach Alt-Damm geführt wird. Endlich gelangt sie in die Höhe 6,39<sup>m</sup> über die Parnitz und in den Bahnhof. Die hier angegebenen Höhenmaasse beziehen sich auf das Planum der Bahn. —

Der Bahnhof Stettin der Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn hat seine Lage etwa 0,7<sup>km</sup> von der äusseren Grenze der Lastadie, dem rechtsufrigen Stadttheile Stettins, entfernt erhalten. Für die Wahl dieser entfernten Lage waren theils Rücksichten auf die Baubeschränkungen im Festungsrayon, theils auch Rücksichten auf spätere Ausdehnung und auf zweckmässige Verbindungen einerseits mit dem Zentral-Güterbahnhof der Berl.-Stett. Bahn, andererseits mit einem auf gemeinsame Kosten der beiden Bahngesellschaften und der Stadt Stettin anzulegenden grossen Wassergüter-Bahnhof maassgebend. Dieser Wassergüterbahnhof ist, nach Fig. 2 des Sit.-Pl., am rechten Ufer in einer Längenerstreckung von etwa 1000<sup>m</sup> projektirt; durch Gleise von nur geringer Länge steht derselbe in direkter Verbindung mit dem Bahnhofe der Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn und durch einen über diesen und weiter hinaus führenden Gleisstrang, der mit engen Kurven zum Zentral-Güterbahnhofe der Berl.-Stett. Eisenbahn-Gesellschaft abzweigt, mit den Bahnhöfen und Linien der letztgenannten Gesellschaft.

Für das Dunzigufer, an welchem der erwähnte Wassergüter-Bahnhof liegt, und welches von den Seeschiffen erreicht wird, sind ausgedehnte Anlegestellen, Schuppen und Verladevorrichtungen projektirt. Ähnlich wie bei den neuen Hafenanlagen in Hamburg sollen transportable Dampfkranne auf Ufergleisen aufgestellt werden, welche als Vermittler zwischen Schiffen und Eisenbahnwagen bzw. zwischen ersteren und den Güterschuppen des Bahnhofes dienen werden. — Zur wesentlichen Erleichterung des Zugangs der Seeschiffe zum Dunzigufer ist die Ausführung eines etwa 700<sup>m</sup> langen Stichkanals projektirt, welcher die zwischen dem Oderstrom und dem Dunzig sich erstreckende Landspitze, die Schlächterwiese genannt, durchschneidet.

Die seewärts einkommenden Schiffe erhalten durch diesen Kanal einen direkten Zugang zum Wassergüter-Bahnhof und vermeiden den beschwerlichen Umweg um den s. g. Bleichholm, wie die äusserste Spitze der Landzunge zwischen Oder und Dunzig genannt wird. Zur Zeit ist die Ausführung der Wasserbauten und Bahnhofsanlagen am Dunzig noch nicht begonnen; die Verhandlungen und Vorarbeiten dazu dürften indess in nicht ferner Zeit beendet werden und alsdann die Inangriffnahme jener Bauten unmittelbar bevorstehen.

Noch ist der vorstehenden generellen Schilderung der neuen Bahnanlagen etc. bei Stettin die Angabe hinzuzufügen, dass der neue Bahnhof der Bresl.-Schweidn.-Freib. Eisenbahn an seiner östlichen Seite von einem fast 1500<sup>m</sup> langen Parallel-Kanal begleitet wird, der, bislang zur Zuführung von Schüttmaterial für das Bahnhofsplanum benutzt, erhalten und erweitert werden soll, um demnächst zur Vermittelung des Eisenbahngüter-Verkehrs mit der Binnen-Schiffahrt zu dienen.

Ueber die Beschaffenheit des von der Bahn durchschnittenen Terrains ist zu bemerken, dass die Bauten auf der ganzen Länge im Oderthal in Sumpf- und Moorterrain von schwierigster Beschaffenheit auszuführen sind. Die obere Erdlage besteht aus einer 1—2<sup>m</sup> starken filzartigen Schicht aus Wurzelgeweben und leichtem Torf, welche auf einer völlig durchweichenden, schlammigen Masse, die an einigen Stellen bis zu 10<sup>m</sup> Tiefe, durchschnittlich aber 8<sup>m</sup> tief unter die Terrain-Oberfläche hinab reicht, schwimmt. Erst in dieser Tiefe wird tragfähiger Baugrund angetroffen, welcher aus feinem, festgelagerten Sand besteht, der meist von einer schwachen Thonschicht überlagert wird. — Speziellere Angaben hierzu zu machen, wird sich bei der folgenden Beschreibung der wesentlichsten Bauobjekte noch passendere Gelegenheit bieten. —

(Fortsetzung folgt.)

### Die Enquête über das Urheberrecht auf dem Gebiet der bildenden Kunst.

Den langjährigen Bemühungen der Vereine, Korporationen und Persönlichkeiten, welche für Förderung des Rechtsschutzes an Werken der bildenden Künste arbeiten, ist bekanntlich ein vorläufiger Erfolg dadurch zu Theil geworden, dass in der Bundesrath-Sitzung vom 7. Februar d. J. der Beschluss gefasst wurde:

1. dass über die Fragen:

A. ob und inwieweit die Werke der bildenden Kunst gegen unbefugte Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie, der Fabriken, Handwerke und Manufakturen zu schützen seien?

B. ob den Erzeugnissen der Kunstindustrie ein Schutz gegen unbefugte Nachbildung gewährt werden solle? und

C. ob sich die Einführung eines allgemeinen Muster-schutzes empfehle?

auf Kosten des Reichs eine Enquête stattfinden, und zwar in der Weise, dass einzelne zur Erörterung der betreffenden Verhältnisse besonders geeignete Persönlichkeiten aus dem Stande der Künstler und Industriellen, nach vorgängiger schriftlicher Mittheilung der hauptsächlichsten Fragepunkte, durch den Bundesrath-Ausschuss für Handel und Verkehr unter Zuziehung von Kommissarien des Reichskanzler-Amts mündlich vernommen werden;

2. dass die Vorbereitung dieser Enquête, insbesondere die Auswahl der Sachverständigen, letztere jedoch nach Vernehmung der einzelnen Bundes-Regierungen, durch das Reichskanzler-Amt erfolge.

Auf Grund von No. 2 dieses Beschlusses hat das Reichskanzler-Amt demnächst 36 Sachverständige aus den verschiedenen interessirten Gebieten des öffentlichen Lebens, als der Malerei, Bildhauerei und Architektur, der Industrie in ihren Verzweigungen als Metall-, Thon-, Glaswaaren-, Gewebe-etc. Industrie, endlich des künstlerischen und gewerblichen Lehrwesens, berufen.

Sämmtliche 36 Sachverständige, mit Ausnahme von drei, sind an den Verhandlungen der Enquête, die in der Zeit vom 3. bis 12. Mai d. J. in Berlin stattgefunden haben, theilhaft gewesen; diese Verhandlungen haben 7 Sitzungen in Anspruch genommen. Es wurde dabei ein im Reichskanzler-Amt aufgestellter ausführlicher Fragebogen zu Grunde gelegt, der sich in 3 Abtheilungen gliederte, und zwar:

A. Schutz der Werke der bildenden Künste gegen unbefugte Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie, der Fabriken, Handwerke und Manufakturen;

B. Schutz der Erzeugnisse der Kunstindustrie gegen unbefugte Nachbildung;

C. Einführung eines allgemeinen Muster- und Modellschutzes.

Diesen Abtheilungen entsprechend wurden die berufenen Sachverständigen in drei Gruppen vertheilt, derartig, dass der Schwerpunkt der Erörterungen, die in der Gruppe 1 gepflogen wurden, in die unter A gestellten Fragen fiel, und ein Gleiches bei den Gruppen 2 und 3 in Bezug auf die Fragen unter C und D stattfand.

Die 3 Gruppen waren folgenderweise zusammengesetzt:

#### Gruppe 1 aus:

a. den Malern: C. Hoff und Prof. Bewer in Düsseldorf, O. Cornill in Frankfurt a. M. und Lindenschmidt in München;

b. dem Bildhauer Prof. Knoll in München;

c. den Architekten: Prof. Gnauth in Stuttgart, Baurath Köhler in Hannover und Baurath Neureuther in München;

d. (dem Kreise der Metallwaaren-Industriellen angehörig): dem Fabrikant Wagner und dem Geh. Kommerz-Rath Ravené in Berlin, dem Silberwaarenfabrikant Künne in Altona, den Bijouteriefabrikanten Weishaupt in Hanau und Dillenius in Pforzheim; den Bronzewaarenfabrikanten Komm.-Rath Ebbinghaus in Iserlohn; Jungé in Frankfurt a. M. und Erhardt in Schwäbisch Gmünd.

e. (dem Kreise der Thon- und Glaswaaren-Industrie angehörig): dem Geh. Reg.-Rath Möller in Berlin;

#### Gruppe 2 aus:

a. dem Architekten: Köhler in Hannover.

b. (den verschiedenen industriellen Kreisen angehörig): Hrn. Hrn. Wagner, Ravené, Künne, Weishaupt, Dillenius, Ebbinghaus, Jungé, Erhardt, Möller, Thonw.-Fabr. Kommerz.-Rth. Boch in Mettlach; Pohl, Direktor der Glasw.-Fabrik Josephinenhütte; Teppich-Fabrik. Geh. Kommerz.-Rth. Schmidt in Schmiedeberg, Tapeten-Fabr. Zuber in Rixheim i. E., Möbel-Fabr. Pallenberg in Köln.

c. (dem Lehrkreise angehörig): Direktor Hausmann in Hanau und Professor Graff in Dresden.

#### Gruppe 3 aus:

a. dem Bildhauer: Sussmann-Hellborn in Berlin.

b. (den verschiedenen industriellen Kreisen angehörig): Hrn. Hrn. Ravené, Möller, Boch, Pohl, Schmidt, Zuber, Pallenberg, Leinen- und Baumwollen-Fabr. Dr. Websky in Wüstewaltersdorf, Fabrikant Lupp, Besitzer einer Blaudruckerei in Düsseldorf, Fabrikant Schwarz, Besitzer einer Zeugdruckerei in Mühlhausen i. E., Kommerz.-Rth. Meckel, Besitzer eines Seidenw.-Geschäfts in Elberfeld, Kommerz.-Rth. Hirschberg, Besitzer eines Spitzen-Geschäfts in Eibenstock, Kommerz.-Rth. Söhlke, Besitzer ein. Spielw.-Gesch. in Berlin, Fabrikant Traun, Besitzer einer Stock- und Hartgummiw.-Fabrik in Hamburg.

c. (dem Lehrkreise angehörig): Hausmann in Hanau. Namens des Bundesrath-Ausschusses für Handel und Verkehr wohnten der Versammlung bei:

Der K. preuss. Minist.-Direkt., Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rth. Dr. Jacobi als Vorsitzender der Enquête, der K. bayer. Minist.-Rth. von Rieder, der K. sächs. Minister von Nostiz-Wallwitz, der K. sächs. Geh. Just.-Rth. Held, der K. würtemb. Staatsrath Freiherr v. Spitzemberg, der Grossherzogl. hess. Minist.-Rath Dr. Neidhard, der hanseat. Min.-Resid. Krüger; für das Reichskanzler-Amt waren zugegen: der Geh. Ober-Postrath, Prof. Dr. Dambach, der Geh. Regier.-Rath Nieberding und der Reg.-Ass. Schröder als Schriftführer. —

Die vorgeführte Eintheilung der Sachverständigen in Gruppen, wobei jede aus solchen Persönlichkeiten gebildet wurde, bei denen ihrem Berufe nach eine besondere Qualifikation für die Beurtheilung der in der betr. Gruppe vorkommenden Fragen vorausgesetzt werden konnte, war mit Vortheilen verbunden, welche auf der Hand liegen, andererseits aber führte diese Eintheilung auch einige Mängel mit sich, unter denen derjenige der wesentlichste ist, dass Differenzen in den Beschlüssen der einzelnen Gruppen sich bilden konnten, die durch eine gemeinsame Berathung der Fragen vermieden oder doch gemildert worden wären. Soweit ein bestimmter Punkt durch eine der Gruppen erledigt und nur im fertigen Resultate den beiden anderen Gruppen bekannt wurde, vermochte die Ueberzeugungskraft der Diskussion nicht mehr zur wünschenswerthen Geltung zu kommen. Bis zu einem gewissen Grade wurde dieser Mangel freilich dadurch ausgeglichen, dass die Mehrzahl der Sachverständigen nicht nur einer, sondern zwei, einige Mitglieder sogar allen drei Gruppen der Sachverständigen angehörten, wodurch eine gewisse Uebereinstimmung im Verlaufe der Einzelberatungen angebahnt war.

Die Gesamtergebnisse der Enquête sind, trotz der hervorgehobenen Mängel in der äusseren Form der gepflogenen Verhandlungen, im allgemeinen derart günstig, dass wohl mit Zuversicht auf einen gedeihlichen Fortgang der für die Kunstentwicklung wichtigen Angelegenheit gerechnet werden kann, in dem Falle, dass es gelingt, die Resultate der Enquête als Grundlage für das zu erwartende neue Gesetz zur Annahme in der Reichs- und Volksvertretung zu bringen.

Den Fragen, welche in der Sachverständigenvernehmung Beantwortung finden sollten, waren ausführliche Erläuterungen beigelegt worden, die eine vortreffliche und die Diskussion sehr erleichternde Vorarbeit bildeten.

Hierunter ist besonders ein dem Reichstage des Norddeutschen Bundes im Jahre 1870 vorgelegter Gesetzentwurf zu er-



wählen, der in seinem Abschnitte 5 (§. 59—67) das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste behandelte. In §. 60 Z. 4 dieses Entwurfs war folgende wörtliche Bestimmung enthalten: Als verbotene Nachbildung gilt es auch, wenn die Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste sich an Werken der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufakturen befindet; dagegen ist die Benutzung von Werken der bildenden Künste als Muster zu den Erzeugnissen der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufakturen gestattet.

Die Bedenken, welche die Bestimmung dieses Paragraphen s. Z. hervorrief veranlassten den Reichstag, von der Durchberathung jenes 5. Abschnittes, sowie des betr. Gesetzes, wie auch eines weiter noch vorgelegten Gesetzentwurfes, der den Schutz der Photographie betraf, abzusehen und diese Angelegenheit durch einen Beschluss zur vorläufigen Erledigung zu bringen, dahin gehend:

„die verbündeten Regierungen um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, in welchem gleichzeitig mit den Bestimmungen über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste die berechtigten Interessen der Kunstindustrie entsprechend berücksichtigt und Normen über den Schutz der Photographie erlassen werden.“

Bei den in Folge dieser Beschlussfassung stattgehabten weiteren Ermittlungen ergab sich nun eine erhebliche Verschiedenheit der Anschauungen darüber:

a) ob und in welchem Maasse Werke der bildenden Kunst gegen Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie etc. zu schützen seien, und

b) ob und welcher Schutz den Erzeugnissen der sog. Kunstindustrie zu Theil werden sollte.

Zur Erledigung dieser Differenzen erfolgte der Bundesraths-Beschluss vom 7. Februar d. J., betr. die Veranstaltung einer Enquête, über deren äussere Form bereits oben berichtet ist.

Um die Aufgaben, welche durch die Enquête zur Lösung gebracht werden sollten, möglichst scharf umgrenzt erscheinen zu lassen, mag an dieser Stelle eingefügt werden, dass das Urheberrecht an Abbildungen, welche vorwiegend der Vermittelung des Gedankenaustausches dienen (belehrende Darstellungen) in §§. 43 u. 44 des Reichsgesetzes über das Urheberrecht vom 11. Juni 1870 bereits geregelt worden ist, und dass dieses Recht daher ebenso wenig zur Erörterung gelangen konnte, wie das allgemeine Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst, welches letzteres schon in dem Gesetzentwurf von 1870 unter Zuziehung von Interessenten durchberathen worden ist. —

Ehe wir nun in die beabsichtigte spezielle Darstellung der Ergebnisse der Enquête eintreten, wird erst eine kurze Angabe der Einzelfragen, die den Sachverständigen vorgelegt wurden, voranzuschicken sein. Diese Fragen hatten etwa folgenden Inhalt:

A. Schutz der Werke der bildenden Künste gegen unbefugte Nachbildung in Erzeugnissen der Industrie, der Fabriken, Handwerke und Manufakturen:

1) Soll den Werken der bildenden Künste der fragliche Schutz gewährt werden?

2) Verschiedene Arten der Nachbildung;

3 u. 4) Dauer der Schutzfrist und die formellen Vorbedingungen zur Gewährung des Schutzes, und

5) Sicherung vor Verletzung des Schutzes und Befugnisse der Sachverständigen-Kollegien.

B. Kunstindustrie:

1) Sollen die Erzeugnisse der Kunstindustrie gegen unbefugte Nachbildung geschützt sein?

2) Schutz der Kunstindustrie auch ohne allgemeinen Musterschutz;

3) Verschiedene Arten der Nachbildung;

4, 5 u. 6) Dauer der Schutzfrist und Vorbedingung zur Gewährung derselben;

7 u. 8) Sicherung vor Verletzung des Schutzes, Behörde-einrichtung; und

9) Verfahren gegenüber dem Ausland.

C. Allgemeiner Muster- und Modellschutz.

Die Fragen waren nahezu übereinstimmend mit den unter A und B angegebenen.

Für die nunmehr folgende gedrängte Darstellung über die erfolgte Frage-Beantwortung schliessen wir uns in der äusseren Anordnung den 3 Frage-Gruppen und nicht den 3 Sachverständigen-Gruppen an; es sollen ferner auch die Gruppen B. u. C. der Fragen hier zusammengefasst behandelt werden, wie solches sich im Verlauf der Erörterungen auch in Wirklichkeit nahezu gestaltet hat.

Die Erörterungen der Fragen unter A wurden eingeleitet durch eine längere Entwicklung des Sachverständigen Hrn. Hoff, der betonte, dass der Gesetzentwurf von 1870 nach Ansicht der Kunstlerschaft in 3 Punkten nicht weit genug gehe: er gestatte Einzelkopien, schliesse Schutz gegenüber den Nachbildungen durch die Industrie aus und räume den Sachverständigen keine genügenden Befugnisse bei der praktischen Handhabung des Gesetzes ein. Die weiteren Ausführungen dieses Sachverständigen charakterisiren scharf das herrschende „Benutzungssystem“, welches eben das Charakterlose in der deutschen Kunstindustrie herbeiführe. Hr. Hoff betonte end-

lich die Nothwendigkeit eines einheitlichen, den Musterschutz einschliessenden Gesetzes. In ähnlichem Sinne, wie der genannte Sachverständige, äusserten sich die Hrn. Cornill, Bewer, Lindenschmidt und Knoll.

Der 1. Vertreter des Reichskanzler-Amts bei der Enquête, Hr. Geh. Ober Postrath Dambach, berichtigt die Behauptung des Hrn. Hoff, dass in dem Gesetzentwurf von 1870 die Nachbildung der Kunstwerke durch die Industrie gestattet sei, und führt zum Beweise den schon mitgetheilten §. 60 Ziff. 4 an. Seine Erklärung des Begriffs „Muster“, wie dieselbe in einem Erkenntniss des Ober-Tribunals festgestellt ist, geht dahin dass jenes Gesetz die Nachbildung unbedingt, also auch an Werken der Industrie verbiete, nicht aber die Benutzung eines vorhandenen „künstlerischen Stoffes“ als „Idee“ zur Schaffung eines neuen „Stoffes“; letzteres enthalte den Begriff des „Musters“.

Hierauf wurde — mit Recht, wie wir meinen — entgegnet, dass diese Erklärung nicht derjenigen Auffassung entspreche, welche man im gewöhnlichen Sprachgebrauch mit dem Ausdruck Muster verbinde, und dass es daher besser sein würde, den Nachsatz des §. 60 des mehrfach zitiirten Gesetzes ganz fort-fallen zu lassen. —

Die Sachverständigen der betr. Gruppe schlossen sich in ihrer Mehrheit der Annahme der Nothwendigkeit des Schutzes der Kunst, insoweit er in dem besprochenen Theil der Vorlage zur Frage steht, an; nur Hr. Köhler versuchte seine gegen-theilige Ansicht mit den sattsam bekannten Gründen der Gegner des Urheberrechts abermals zu motiviren. „Es sei in den künstlerischen Leistungen mehr oder weniger nichts anderes, als ein Ausdruck des Volksbewusstseins zu finden und deshalb für jene ein Exklusivrecht nicht in Anspruch zu nehmen.“

Hr. Möller (Berlin), der zwar lange nicht so weit geht wie Hr. Köhler, findet dennoch den Gesetzentwurf von 1870 zu weitreichend; seinem Standpunkt entspreche am meisten die von der Reichstagskommission vorgeschlagene Formulirung, zufolge welcher die Nachbildung des Kunstwerks an einem Industrieerzeugniss nur dann verboten sein soll, wenn sie den hauptsächlichsten Bestandtheil und Werth des letzteren ausmacht.

Seitens der Majorität der Sachverständigen wurde hiergegen ausgeführt, dass gerade in dem verständnisslosen Hineingreifen der Industrie in die bildende Kunst der Hauptgrund des Darniederliegens der deutschen Kunstindustrie zu finden sei. Speziell bemerkte Hr. Wagener (Berlin), dass eine innere Berechtigung zur Herstellung von Gegenständen der Kunstindustrie nur demjenigen zuzuerkennen sei, der entweder selbst Künstlerisches leiste, oder sich künstlerische Kräfte beschaffe.

Eine neue Diskussion über diesen Punkt entspann sich bei der Berathung der Fragen der 3. Gruppe, post festum jedoch, da bei der 2. Gruppe der im Sinne der Schutzgewährung formulirte Vorschlag gegen die Argumente des Hrn. Köhler, denen auch der Sachverständige Hr. Pohl sich anschloss, bereits Annahme gefunden hatte. —

Leider kam zu diesen Vorschlägen ein Zusatz zur Erörterung, der den in den Fragen über Musterschutz wohl am besten informirten, und wie wir glauben, durch seine, später zu registrirenden Ausführungen für das Zustandekommen des Gesetzes in der nutzbringendsten Weise thätig gewesenem Sachverständigen Hrn. Zuber zum Verfasser hatte. Hr. Zuber empfahl einen von der Handelskammer in Mülhausen vorgeschlagenen Zusatz des Inhalts: dass die blosse Benutzung von Gemälden, Stichen und anderen Kunstprodukten als Vorbilder gestattet sein solle, insofern dem Schöpfer des Kunstwerks kein pekuniärer (?) Nachtheil entstehe. Dieser Zusatz, welcher eine Reihe von Kunstwerken ausserhalb des gesetzlichen Schutzes gestellt haben würde, wurde jedoch nach einer Diskussion, in welcher u. A. Hr. Hirschberg ausführte: er könne der betr. Frage nur eine untergeordnete Bedeutung beimessen und halte prinzipiell eine Verwendung der Werke der hohen Kunst für Industriezwecke nicht wünschenswerth, da das Resultat einer derartigen Verquickung meist in Herstellung von Zerrbildern bestehe (eine Auffassung, der wir uns durchaus anschliessen), von der Majorität abgelehnt, die sich für einfache Beibehaltung des §. 61 Z. 4 in der Fassung der Reichstagskommission entschied.

Wir könnten nicht umhin, den Uebergang der Bestimmung dieses Paragraphen in das zu erlassende neue Gesetz, wenn derselbe wirklich geschehen sollte, entschieden zu beklagen, da hierdurch die jetzt bestehende Rechtsunsicherheit um Nichts gebessert wird und ausserdem dadurch dem Künstler jede Macht benommen erscheint, gegen eine Verballhornung seiner Werke und Diskreditirung seines Rufes einzuschreiten. Wenn auch die fortschreitende Kenntniss der Bedingungen des Schönen in der Industrie wohl bald dahin kommen wird, z. B. die Anbringung von Gemälden auf groben Teppichen zu verwerfen, so bietet doch namentlich die Metalltechnik der Kleinkunst Hebel genug, den durch das Gesetz nicht ausgeschlossen künstlerischen Raub von angegebener Art zahlreich zu begehen, wodurch die moralische Einwirkung, welche in der Anerkennung künstlerischer Urheberrechte gewonnen wird, zur Vernichtung kommt. Dies ist umso mehr zu bedauern, als von jener moralischen Einwirkung im allgemeinen ein grösserer Erfolg erwartet werden darf, als von Prozessen, deren Ausgang mehr oder weniger dem Zufall untersteht.

Eine kurze Behandlung nur wurde bei der Berathung dem Schutz der Erzeugnisse der Architektur zu Theil. Bekanntlich war in dem Gesetzentwurf von 1870 die Architektur ausdrücklich von dem Urheberrecht ausgeschlossen. Aus welchen Motiven dies geschehen, vermögen wir nicht einzusehen. Die relative Seltenheit der Fälle direkter Nachbildung oder der Wiederholung einer unrechtmässig erworbenen Zeichnung, endlich die unbefugte Publikation eines ausgeführten architektonischen Werkes können die Ausnahmestellung, welche man der Architektur gegenüber den anderen Zweigen der bildenden Künste zuweisen will, doch nicht ausreichend begründen. Für den Schutz der Architektur traten Gnauth und Neureuther ein. Hoff gelangte zu der Bemerkung, dass bei aller Hochschätzung der Baukunst doch nicht zu verkennen sei, dass bei keiner anderen Kunst der Uebergang zum Handwerk so unmerklich und so schwer erkennbar sei, wie bei ihr. Die Hrn. Möller und Köhler beschränkten sich darauf, diese Bemerkung zurückzuweisen. — Hrn. Lindenschmidt gebührt das Verdienst, gegen jede exzeptionelle Behandlung der Architektur aus dem triftigen Grunde sich ausgesprochen zu haben, dass die Allgemeinheit des Prinzips vom künstlerischen Urheberrecht es nothwendig mache, alle Künste gleichartig zu behandeln und keine Richtung derselben auszunehmen.

In Bezug auf die verschiedenen Arten der Nachbildung hat man des Längeren sich über die Gestattung der Einzelkopie verbreitet. Die schliessliche Abstimmung ergab nahezu gleiche Stimmenzahlen für und wider die Gestattung der Einzelkopie. Sollte im Gesetz die Frage im Sinne des „Für“ entschieden werden, so sei die Uebertragung der Unterschrift oder des Monogramms des Kunstwerks zu verbieten. —

Die wichtigsten und schwierigsten Fragen lagen unter A 3 und 4 vor. Die eingehendere Beleuchtung dieser Fragen hat in den Gruppen II und III im Zusammenhange mit B, 4, 5, 6, bezw. C stattgefunden. Aus den Verhandlungen der Gruppe I ist nur zu erwähnen, dass über die Nothwendigkeit der Eintragung der Kunstwerke die Stimmen ebenso getheilt waren, wie über den Vorschlag: die Nachbildung der Kunstwerke durch die Industrie nur während einer kürzeren Frist als der allgemeinen Schutzfrist von 30 Jahren nach dem Tode des Künstlers zu untersagen.

Es wurde schliesslich, auf Vorhalten der Mitglieder des Ausschusses des Bundesraths, dass die gesetzliche Regelung dieser Frage eine Nothwendigkeit sei, von den Anwesenden einhellig befürwortet, dass

die Aufnahme einer dem § 9 Abs. 3 des Entwurfs der deutschen Kunstgenossenschaft zu einem betr. Gesetze über das Urheberrecht\*) entsprechenden Bestimmung stattfinde, mit der Folge, dass nach Ablauf der (vorläufig offen gelassenen) nur kurzen Frist, Freiheit der Nachbildung für alle Zweige der Industrie eintreten solle. Vorzubehalten sei aber eine, dem theiligten Interesse entsprechende Längenbemessung der Schutzfrist.

\*) (§ 9. Abs. 3. d. Gesetzentw. der Kunstgenossenschaft lautet: „Der Inhaber des Urheberrechtes an einem Werke der bildenden Kunst verliert, sobald sich dasselbe an Werken der Industrie, der Manufakturen, Fabriken oder Handwerke, also an Gebrauchsgegenständen befindet, für diese letzteren den obigen Schutz (Lebensdauer des Urhebers und 30 Jahre nach dem Tode); es tritt dafür ein Schutz von 5 Jahren, von der Veröffentlichung des ersten Exemplars an, ein.“)

Der hiernach voraus zu sehende Verlust des 30 jährigen Schutzes rief in der Gruppe II noch den Wunsch hervor, dem im Gesetzentwurf der Kunstgenossenschaft enthaltenen Satz: „Bei fehlender vertragsmässiger Bestimmung wird vermuthet, dass der Erwerber des Urheberrechtes die Befugnis zur Anfertigung und Veräusserung jeder Art von Nachbildungen erlangt“, Ausdruck in dem neuen Reichs-Gesetze zu geben. Von anderer Seite wurde aber diese Einschaltung als unnöthig, weil im Sinne der Fassung liegend, angesehen: dass von dem Momente an, wo der Künstler die Verwendung eines Kunstwerks in der Industrie gestatte, das Kunstwerk zu einem kunstindustriellen Werke werde.

Die Frage sub A, 5 in Betreff der Sachverständigen-Kollegien bot zu eingehenden Behandlungen Anlass: Hr. Hoff begründet die in dem Entwurfe der Kunstgenossenschaft enthaltenen Vorschläge, wonach die Gutachten der Sachverständigen über die 3 Fragen, ob

1, ein dem gesetzlichen Schutz unterliegendes Kunstwerk, 2, eine unbefugte Nachbildung vorliege und 3, über die Höhe des Schadenerspruchs

für den Richter maassgebend sein sollen.

Von den Bundesraths-Mitgliedern wurden gegen einen solchen neuen Rechtssatz Bedenken geltend gemacht. Nicht nur in Betreff der kriminellen Folgen der Nachbildung, sondern auch in Betreff des Entschädigungsanspruchs kann das Gutachten der Sachverständigen nur die Bedeutung eines nach freiem Ermessen des Richters zu würdigenden Materials haben. Im Urheberrechtsgesetz (v. 11. Juni 1870) sei vorgesehen, dass die Sachverständigen-Vereine als Schiedsgerichte entscheiden, im Falle dass die Parteien sich hierüber einigen oder eine solche Bestimmung in Verträgen vorgesehen ist. —

Hr. Möller erklärt hierzu, dass er, im Gegensatz zu seiner sonstigen Haltung gegenüber den Forderungen der Künstler, in dieser Frage dem Standpunkt der Kunstgenossenschaft beitreten müsse, weil seine Erfahrungen bei Streitigkeiten auf bautechnischem Gebiete ihn veranlassen, sich dahin auszusprechen, dass es nothwendig sei, Sachverständigen möglichst weitgehende Befugnisse beizulegen. Hr. Köhler hält eine Formulierung der betr. Bestimmungen für erwünscht, welche es ermöglichen, dass die Sachverständigen schon bei der Fragestellung zur Mitwirkung herangezogen werden. — Aus der Diskussion resultirt der einhellige Ausspruch, dass der Richter verpflichtet sein müsse, ein Gutachten der Sachverständigen-Kommission einzuholen, und ferner als Ansicht der Majorität, welcher nur die Hrn. Ebbinghaus, Jungé, Erhardt und Köhler gegenüberstehen, die Forderung, dass auch das Gutachten für den Richter maassgebend sein soll. Im Uebrigen sollen die Grundsätze des Gesetzes vom Jahre 1870 zur Anwendung kommen.

Zum Schlusse der Berathung der Fragen der Gruppe I fand eine Besprechung über die Angelegenheit der Nachbildung öffentlicher Denkmäler statt. Als Resultat derselben ergab sich ein Antrag des Hr. Hoff: die Beschränkung zur Nachbildung der auf Strassen und öffentlichen Plätzen befindlichen Werke der plastischen Kunst dahin zu generalisiren, dass die Nachbildung in derselben künstlerischen Form (also z. B. Nachmalerei eines Gemäldes) zu untersagen, mit 8 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Von mehreren Seiten wurde dann angeregt, auch die in öffentlichen Museen ausgestellten Kunstwerke der Nachbildung allgemein freizugeben, wogegen aber Seitens der Vertreter der Kunst ein entschiedener Widerspruch sich erhob. —

(Schluss folgt.)

### Belastungsproben der Brücke über den Zeglin-Strom bei Stettin in der Eisenbahnlinie Stettin-Stargard.

Die beim Umbau der Bahnstrecke Stettin-Finkenwalde neuerbaute Brücke über den, einen Seitenarm der Oder bildenden Zeglin-Strom besteht aus 3 Fluth-Oeffnungen à 16,2m, 1 Stromöffnung mit 92m und 5 weiteren Fluthöffnungen mit je 13,6 m Entfernung der Stützpunkte.

Eine schematisch gehaltene Darstellung der Brücke zeigen Figur 1 und 2 der auf folgender Seite beigefügten Skizze.

Von Interesse ist unter den eisernen Ueberbauten der 9 Oeffnungen derjenige der grossen Stromöffnung besonders dadurch, dass derselbe eine aussergewöhnlich grosse Höhe im Vergleich zu seiner Länge hat und dass sich ein ausserordentlich geringes Eigengewicht desselben, sowie sehr günstige Durchbiegungs-Verhältnisse bei den angestellten Belastungsproben ergaben.

Die Träger haben in halber Länge die Höhe von 15m, d. i. bei 92m Stützweite das Verhältniss: Höhe zur Länge = 1:6,13. Dieses Verhältniss ist beachtenswerth, weil dasselbe innerhalb derjenigen Grenzen ( $\frac{1}{4}$  —  $\frac{1}{2}$ ) liegt, die im Jahrgang 1872 der deutsch. Bauzeitung von Grüttfien in einem Artikel, betitelt: Beiträge zur Theorie der Fachwerkträger (S. 252 a. a. O.) als solche nachgewiesen sind, die in Bezug auf Materialverbrauch sich als die günstigsten darstellen müssen.

Das Gesamt-Gewicht an Schmiedeeisen, welches in dem Ueberbau der grossen Oeffnung steckt, ist 439 000 k; davon kommen 36 565 k auf die Quer- und 46 615 k auf die Schwellenträger, so dass für die Hauptträger ein Schmiedeisengewicht von 355 820 k verbleibt. Es berechnet sich nach diesen Angaben das auf 1 lfd. Meter jedes Hauptträgers kommende Eisengewicht der 2gleisigen Brücke abgerundet zu:

$$p = 450 + 21 \text{ Kilogramm}$$

ein so geringes Gewicht, wie es nur selten bei Brücken mit ähnlicher Spannweite wie die vorliegende angetroffen wird. Dem Schmiedeisengewicht treten noch 18350 k Gewicht an Gusseisen hinzu. —

Am 23. Juni d. J. hat die Probelastung der neuen Brücke stattgefunden, welche, wie schon angeführt, sehr günstige Resultate ergeben hat und worüber nachstehende Mittheilung erfolgt:

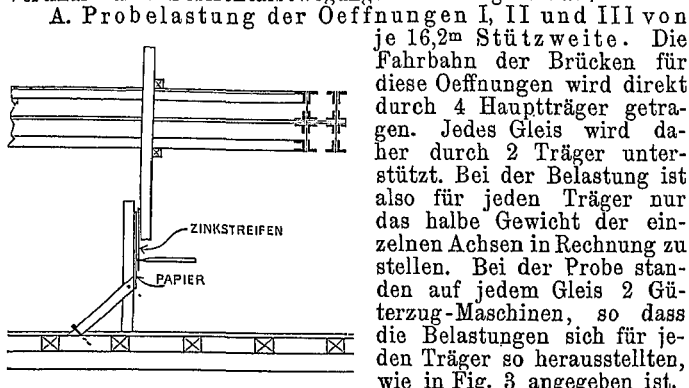
Zur Messung der Durchbiegung eines jeden Trägers sind 2 Latten benutzt, von denen die eine (untere) fest auf dem Untergerüst bzw. im Erdboden befestigt, während die andere mit der unteren Trägergurtung fest verbunden war und deren Bewegungen mitmachte.

Beide Latten berührten sich mit ihren breiten Flächen, so dass sich die obere, mit dem Träger verbundene, an der unteren vorschob, sobald eine Durchbiegung stattfand. Bei jedem Versuch wurde, bevor die Belastung eintrat, längs der unteren (glatt und gradlinig hergestellten) Kante ein Strich auf der unteren feststehenden Latte gezogen. Ein zweiter Strich wurde gezogen, sobald die volle Belastung eingetreten war; der Abstand beider Striche gab alsdann die Durchbiegung direkt an.

Die Seitenschwankungen der Brücke wurden gemessen bei schneller Fahrt der Belastungsmaschinen. Die Messung geschah folgendermassen (s. umstehende Figur).

An der oberen Latte wurde ein Zinkstreifen befestigt, welcher an einer Stelle fein durchlocht war. An der unteren Latte war ein Stück Papier befestigt. Während die Maschinen mit möglichst grosser Geschwindigkeit über die Brücke pas-

sirten, wurde die Spitze eines Bleistifts in das feine Loch des Zinkstreifens gesteckt. Die Bleistiftspitze zeichnete so alle Vertikal- und Horizontalbewegungen des Trägers auf!



Bei dieser Belastung, welche wegen mangelnder Länge nicht gesteigert werden konnte, betrug die Durchbiegung eines jeden Trägers durchweg  $8,5\text{mm} = \frac{8,5}{16200} = \text{rot. } \frac{1}{1900}$  der Spannweite.

B. Probearbeitung der Öffnung IV von 92m Stützweite. Die Messungen bei dieser grösseren Öffnung wurden allmählich und mit grosser Sorgfalt vorgenommen. Es wurden zuerst 2 Maschinen, auf jedem Gleis eine, auf die Mitte der Brücke gefahren. Die Durchbiegung betrug dabei 13mm. Nach

Durchbiegung sich ergab. — Die grösste Durchbiegung war  $= \frac{41}{92000} = \frac{1}{2244}$  der Spannweite.

Hierzu wird nachträglich bemerkt, dass die Träger beim Ausrüsten in der Mitte um 10mm heruntergingen. Rechnet man, dass nach dem Ausrüsten die Bleiplatten unter den Lagern sich um 2mm zusammengepresst und dass die einzelnen Theile der Lager sich 1mm in einander gepresst haben, so ergibt sich eine Durchbiegung der Brücke durch das Eigengewicht von 7mm.

C. Probearbeitung der Öffnungen V, VI, VII, VIII und IX. Die Belastung der Brücken über diese Öffnungen geschah in ähnlicher Weise wie bei den Öffnungen I, II und III, da die Träger derselben in ganz gleicher Art und Weise konstruirt sind, wie die Träger bei jenen. Die Durchbiegungen betrugen  $7\text{mm} = \frac{7}{13600} = \text{rot. } \frac{1}{1940}$ .

Bei sämtlichen Proben haben sich keine Mängel irgend welcher Art im Material oder in der Ausführung gezeigt; die Auflager der grossen Brücke von 92m Spannweite sind zur Konstatirung dessen einer besonders genauen Untersuchung unterzogen worden.

Stettin, Juli 1875.

Bollmann, Baumeister.

Nachschrift der Redaktion. Es erscheint uns durch die bei der Zeglin-Brücke nach Obigem erlangten guten Resultate nahe gelegt, hier die Resultate hinzuzufügen, welche bei Eigengewicht und Durchbiegung einer anderen, etwa gleichzeitig fertig gestellten grossen eisernen Brücke

Fig. 1.

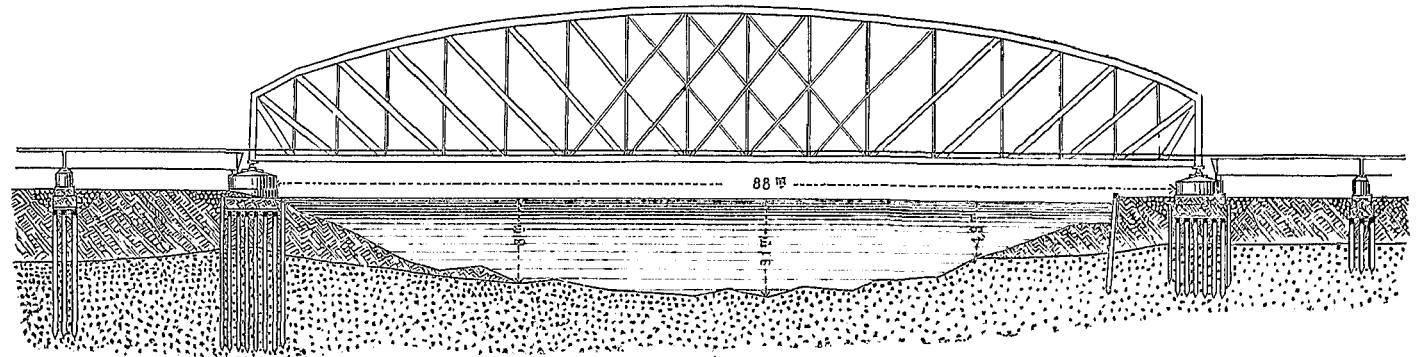


Fig. 2.

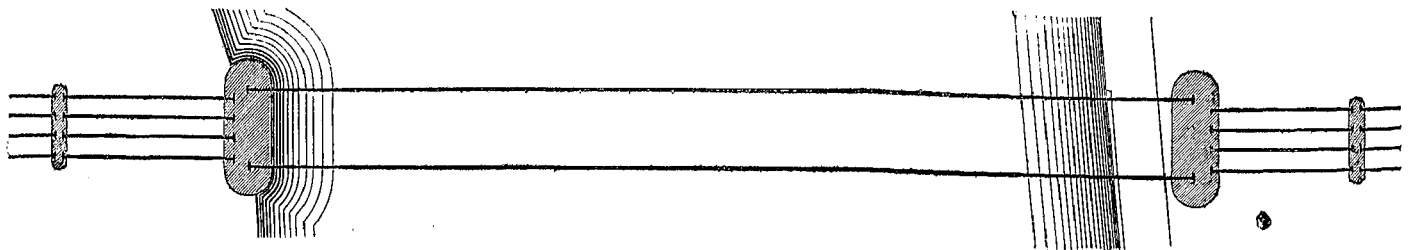
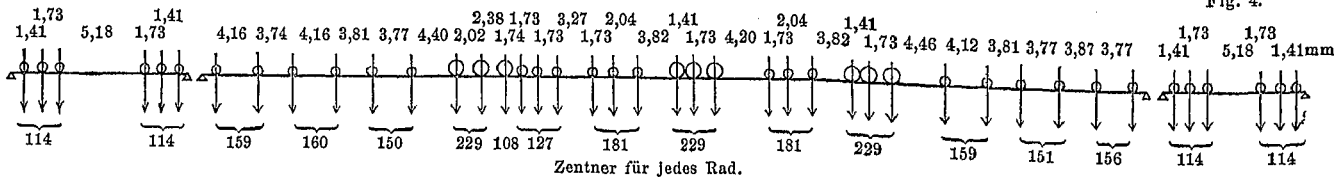


Fig. 4.

Fig. 3.

Fig. 4.



← 16,2m → ← 92,0m → ← 16,2m →

Entfernung der Maschinen ging jeder Träger in seine ursprüngliche Lage zurück. Die bleibende Durchbiegung war also = 0. Bei der darauf folgenden Belastung mit 4 Maschinen (2 auf jedem Gleis) ergab sich, als dieselben in der Mitte standen, eine Durchbiegung von 25,5mm. Nach Entfernung der Maschinen zeigte sich eine bleibende Durchbiegung von 0,9mm. Es wurden darauf 6 Maschinen, 3 auf jedes Gleis und 3 auf die Mitte der Brücke gefahren. Dabei zeigte sich eine momentane Durchbiegung von 38,5mm. Die bleibende Durchbiegung betrug 2,5mm. Dieselben 6 Maschinen, sämtlich schwerste Güterzug-Maschinen, fuhren darauf mit möglichst grosser Geschwindigkeit über die Brücke. Das Resultat in Bezug auf die momentane Durchbiegung blieb dasselbe. Die Seitenschwankungen, an der unteren Gurtung auf die obenbeschriebene Art und Weise gemessen, betrugen 0,5mm. Nunmehr wurde die ganze Brücke voll belastet und zwar derartig, dass auf jedem Gleise 3 Maschinen und 6 mit Schienen voll beladene Wagen standen, im Ganzen also 6 Maschinen und 12 Wagen. Jedes Gleis war mit rot. 5280 Z. belastet, was einer Belastung von 2900k pro lfd. Meter Gleis entspricht. Die Maschinen waren dabei in die Mitte der Wagen rangirt.

Fig. 3 der Skizze veranschaulicht die stattgefundene Belastung eines Gleises. Die dadurch verursachte Durchbiegung betrug 41mm. Die bleibende Durchbiegung war 0,8mm, so dass nach sämtlichen Versuchen  $0,9 + 2,5 + 0,8 = 3,2\text{mm}$  bleibende

erzielt worden sind, die nach gleichem Konstruktions-system wie die Zeglin-Brücke, jedoch nur in etwa  $\frac{2}{3}$  der Länge der letzteren, ausgeführt worden ist.

Die neue Brücke über die Elbe bei Niederwartha im Zuge der Eisenbahn Berlin-Dresden besteht aus 7 Fluth- und 3 Stromöffnungen; die letzteren haben 60m Weite und sind Form wie die Träger der Zeglin-Brücke, überbrückt. Die Träger liegen im lichten Abstände von 10,24m, wovon nur 4,12m benutzt werden; der Fahrbahnbelag besteht aus einer einfachen Behöhlung. An einer Seite hat die Brücke einen auf Konsolen vorgekrachten Fussweg mit Eisengeländer.

Das Gesamtgewicht an Schmiedeeisen, welches für die Ueberbrückung einer Öffnung verwendet ist, beträgt 286 000 Z. Aus den uns vorliegenden Notizen ist die Vertheilung desselben auf die Hauptträger, die Quer- und Schwellenträger, wie fehl gehen, wenn man das Gewicht der genannten Nebentheile zu 1150k pro lfd. Meter Brücke, d. i. zu 575k pro lfd. Meter dieser Annahme ergiebt sich dann das Eisengewicht sammt Zubehör für letztere zu

$p = 575 + 30,7$  Kilogramm.

Was die Probearbeitung der Elbbrücke und die dabei statt-

gefundenen Durchbiegungen anbetreff, so ist darüber anzuführen, dass wenn die Einzelbelastungen, welche man angewendet, auf eine gleichförmig vertheilte Last von solcher Grösse reduziert werden, dass in halber Trägerlänge ein gleich grosses Biegemoment unter Anwendung jener sich ergibt, dann diese gleichförmig vertheilte Last pro lfd. Meter Brückenlänge 6260<sup>k</sup> oder pro lfd. Meter Träger 3130<sup>k</sup> beträgt. (Bei der Ungleichartigkeit der Belastungen, die auf beiden Seiten der Brückenbahn angewendet wurden, hat rechnermässig eine Belastung von 2310<sup>z</sup> bei dem einen und von 3950<sup>z</sup> bei dem zweiten Träger stattgefunden.)

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Architekten-Verein zu Berlin.** Exkursion am 28. August 1875.

Die heutige, von etwa 60 Theilnehmern besuchte Exkursion, der sich auch mehrere Damen angeschlossen, hatte als ersten Zielpunkt das Palais des Hrn. v. Thiele-Winkler, welches Regentenstrasse 15 Berlin W., von den Baumeistern Ebe & Bendt erbaut wird. Der Architekten-Verein hat diesem Bau, der unter den feineren der jüngsten Zeitperiode angehörenden Privathausbauten der Stadt eine der ersten Stellen einnimmt, bereits im Sommer des Jahres 1874 einen Besuch abgestattet, der in den Zeitpunkt fiel, wo der Rohbau des Hauses vollendet war und die Anfänge des inneren Ausbaues sichtbar wurden. Im Verlaufe des seitdem verflossenen Zeitraums von ziemlich genau einem Jahre ist der Bau soweit gefördert worden, dass die Deckenmalereien und der Schmuck der Wände der Vollendung nahe gebracht, Tischlerarbeiten und einige Nebenarbeiten dagegen noch etwas zurück sind.

Unsere früher gebrachten Angaben über den Bau (vergl. S. 146 und 271 Jahrg. 74) fügen wir heute lediglich einige weitere Notizen hinzu, eine vollständige Beschreibung und Würdigung dieses Luxusbaues ersten Ranges bis dahin uns vorbehalten, dass erst die Vollendung desselben im Innern und Aeussern stattgefunden hat. — Der in massigen Dimensionen ausgeführte Bau enthält über hohem Souterrain 2 Geschosse, welche von einem mit schweren Balluster-Bekrönungen aus Zink versehenen Mansarddach überdeckt werden. Die Fassade ist in hellfarbigem Sandstein aufgeführt; ein wenig hervortretendes Mittelrisalit, mit einem Balkon von etwas strotzenden Formen ausgestattet, wird von einem reich verzierten, in der Mittelpartie mit grossem Wappenbilde gezierten Giebel gekrönt; der Hauseingang ist am Ende der Strassenfront disponirt. — Die Stilfassung der Fassade ist im Allgemeinen die der deutschen Renaissance, welche in maassvollen Formen, aber mit überaus reicher, auf Effekt berechneter Ornamentirung durchgeführt ist. Den Haupttheil unter den Verzierungen bildet ein die beiden Geschosse trennender, mächtiger Fries von mehr als 1<sup>m</sup> Höhe, der mit allegorischen Darstellungen aus der Edda bedeckt ist. Die Komposition dieses Frieses rührt vom Bildhauer Professor Engelhard in Hannover her, der darin ein Achtung gebietendes Werk geschaffen hat. Bei der Rolle eines Anziehungspunktes, den das Thiele-Winkler'sche Palais für Architekten spielt, dürfte es nicht überflüssig sein, hier eine kurze Angabe über die Darstellungen auf dem Engelhard'schen Fries folgen zu lassen.

Am linken Ende des Hauses beginnen die Darstellungen mit hinaustürmenden Krieger, welche von reitenden Walkyren angeführt sind. Die folgende Gruppe zeigt, wie die im Kampfe gefallenen Krieger von den Walkyren erweckt und schwebend nach Walhalla getragen werden. Empfang derselben in Walhallas Eichenhain durch Hermode, den Götterboten, und Bragar, den Gott der Beredsamkeit, Weisheit und Musik. Damit schliesst die linke Seite und es folgt in den 3 Feldern unter dem Balkon am Mittelbau die Darstellung Odins, der von den Walkyren umgeben ist, die den Meth reichen; zu Odins Füssen sitzen die geheiligten Wölfe; die hier dargestellten weiblichen Figuren sind Frigga, Odins Gemahlin, und Iduna, die Göttin der ewigen Jugend; diese reicht den eintretenden Helden den Apfel der Unsterblichkeit. Zur rechten Seite des Hauses ist das Hereinbrechen des Weltuntergangs dargestellt: der Hahn der Asen und der Wächter am Himmelsthor geben das Zeichen zum Aufbruch, den letzten Kampf zu kämpfen. Odin auf der Rosse von wunderbarer Schnelligkeit, und Thor der Donnergott mit dem Hammer beginnen den Kampf. Die feindlichen Riesen landen zu Schiffe und schleudern Felsblöcke und Baumstämme den Göttern entgegen. Die Feuersöhne kommen reitend und helfen die Riesen, die Götter besiegen. Der in diesem Kampfe erfolgende Tod der sämtlichen nordischen Götter ist wohl als Deutung auf den endlichen Sieg des Christenthums aufzufassen. — Zwei Nischenfiguren an der Fassade stellen Odin und Thor dar, und ausser diesen Figuren sind noch eine Anzahl von Walkyren-, Riesen- und altgermanischen Heerführerköpfen an verschiedenen Stellen der Fassade angebracht.

Die nur geringe Höhe über dem Strassenniveau, in welcher der Fries liegt, die bedeutende Grösse der Figuren und die weitgehendste Rücksicht, welche in der Komposition auf Beleuchtung und richtiges Sehen der Figuren und Formen genommen ist, ermöglichen dem Beschauer eine bequemere und günstigere Betrachtung, als bei manchen anderen Darstellungen dieser Art, die der Beleuchtung entzogen, unmittelbar unter weit auskragenden Hauptgesimsen hoher, an engen Strassen stehender Gebäude angebracht sind.

Bei der ruhenden Belastung wurden als Durchbiegungen für die Maximallast bei den beiden Trägern ermittelt: bezw. 16,5 und 26,7<sup>mm</sup>, d. i.  $\frac{1}{3336}$  und  $\frac{1}{2217}$ , und bei der beweglichen Belastung durch Schnellfahren eines Zuges über die Brücke bezw. 17,5 und 28,2<sup>mm</sup>, d. i.  $\frac{1}{3128}$  und  $\frac{1}{2127}$ . — Die elastischen Senkungen sind in unserer Quelle nicht aufgeführt, wogegen die Auflager — Senkung = 0 darin verzeichnet ist. Die seitlichen Schwankungen haben zwischen 2,0 und 5,5<sup>mm</sup> betragen.

Nur wenige Worte mögen hier noch über die dekorative Ausstattung des Innern vom Palais Thiele-Winkler hinzugefügt werden. Dieselbe ist überaus luxuriös und weit über dasjenige hinausgehend, was am Aussenbau des Hauses gezeigt wird. Effekte bauen sich hier auf Effekte und die grosse Anzahl der zu schmückenden Räume gab den Künstlern Anlass, fort und fort nach neuen Motiven für Decken-, Wand- und Thür-Dekorationen zu suchen, die fast alle das gemeinsam haben, dass sie sich in stark französischer Geschmacksrichtung bewegen. — Man konnte von den Exkursions-Theilnehmern einige ungünstige Urtheile über diese Dekorationsweise hören, die sich theils gegen den Stil der betr. Sachen, theils gegen das Haschen nach immer neuen Effekten, theils auch gegen die hier und da auftretenden Formen- und Farbenkontraste richteten, welche letztere jedoch mit Sicherheit wohl nicht eher beurtheilt werden können, als bis die Einrichtung und Ausstattung mit den wesentlichsten Möbeln und Geräthen vollendet sein wird. Dagegen fand auch die besondere Schönheit einzelner Deckendekorationen rückhaltlose Anerkennung, ebenso die ganz vorzüglichen Tischler- und Bildschnitzer-Arbeit von Thüren, Fenstern etc. —

Vom Thiele-Winklerschen Palais aus wandte man sich dem neuen Ingenieur-Dienstgebäude, Kurfürstenstrasse 15 Berlin, W., zu. Dieser durch seine äussere Erscheinung und seine freie Lage zur Fixirung des allgemeinen Gepräges jener Stadtgegend wesentlich beitragende Bau ist nach Skizzen des Bauinspektors Gödeking und unter dessen oberer Leitung ausgeführt worden. Derselbe enthält die Büreauräume für das Ingenieur-Komitée, ferner eine Wohnung für den Chef desselben, endlich eine kleinere Wohnung für einen Registrator. Das gegen die Strasse ziemlich weit zurückgezogene Gebäude liegt an allen 4 Seiten frei und bildet im Grundriss im allgemeinen ein Rechteck von etwa 90<sup>m</sup> Länge und 16<sup>m</sup> Tiefe. Die Gebäude-Mitte ist durch einen grossen Kuppelbau ausgezeichnet, die Enden haben schwach vortretende Risalite erhalten, welche durch ein rundbogig begrenztes grosses Giebel-Feld mit kriegerischen figürlichen Darstellungen gekrönt werden. Die Grundrissdisposition des Hauses ist von der denkbar grössten Einfachheit. In der Mitte liegt der ganzen Länge des Gebäudes nach ein breiter Korridor, der in allen 3 Geschossen in gleicher Weise auftritt und von beiden Enden aus durch Treppen erreicht wird. Diese Endtreppen dienen für den Verkehr von und zu den Büreaus, während eine im Mittelbau angeordnete, übrigens völlig versteckt liegende Haupttreppe als Zubehör zu der Wohnung des Chefs des Ingenieur-Komitée vorgesehen ist. In halber Länge des Hauses ist in die an der Vorderseite liegende Zimmerreihe der Seckig gehaltene Unterbau für die Kuppel hineingezwängt, der gegen die Vorderfront des Gebäudes nur wenig vortritt. Im Erdgeschoss bildet dieser Seckige Raum das Vestibül, das durch ein paar schmächtige Oeffnungen mit dem dahinter liegenden Korridor in eine gezwungene Verbindung gesetzt ist; im Grundriss vom 1. Geschoss ist der Raum unter der Kuppel zu einem kleinen Festsaal ausgenutzt, der durch die Höhe des 1. und 2. Geschosses hindurch reicht. —

Von einer organischen Einfügung des Kuppelbaues in den Grundriss des Gebäudes ist hiernach keine Rede, die Kuppel erscheint fast nur als gewaltiges Dekorationsstück für das Aeusserere des Baues. —

Der ungemein grossen praktischen Nüchternheit der Durchbildung des Grundrisses steht ebenbürtig die Nüchternheit zur Seite, von der die bauliche Ausstattung des Innern incl. der Dienstwohnungen beherrscht wird; hier und da erscheint dabei sogar die Grenze, welche durch den Ausdruck „äusserste Sparsamkeit“ fixirt wird, erreicht, wenn nicht gar überschritten. —

Die Aussen-Erscheinung des Gebäudes ist im Ganzen eine recht malerische; daneben tritt aber auch der Charakter des „Scheinens um jeden Preis“ lebhaft hervor. Das Untergeschoss ist in Putzbau mit tiefer Quaderung aufgeführt; 1. und 2. Geschoss sind mittels einer, in Backstein und Putz hergestellten durchgehenden Pilasterstellung zusammengefasst, die Wandflächen mit Ziegelsteinen von tiefrother Färbung verblendet. Das oberste Geschoss hat in wechselnden Formen umrahmte Fenster von geringer Höhe, und es verkriecht sich ein sehr grosser Theil seiner Höhe hinter einem besonders mächtigen Hauptgesims, zu dessen Grösse das schmächtige Gesims zwischen Erd- und 1. Geschoss in einem ziemlich inkommensurablen Verhältniss steht.

Der wesentlichste Bautheil ist an der Vorderfassade die Kuppel, deren Unterbau mit einem von Gips-Athleten getrage-



nen Balkon und darüber mit eingen Säulen ausgestattet ist, während die Kuppel selbst von 2 seitlichen Thürmen begleitet wird, welche von kleinen Kuppeln gekrönt werden. Einige in Zink hergestellte Athleten und eine auf den Scheitel aufgesetzte mächtige Laterne vervollständigen die dekorative Ausstattung der Kuppel, welche im Uebrigen in ihren Konturen recht günstig gerathen ist. — An anderen geeigneten Stellen des Hauses, wie z. B. über den Fenstern, treten noch Masken in grosser Zahl und Verschiedenheit auf, wie ebenso darnach gestrebt ist, den Schornsteinköpfen mit Hülfe von Zinkverkleidungen ein möglichst malerisches, um nicht zu sagen phantastisches Aus-

sehen zu verleihen. — Ueberflüssig fast scheint es zum Schlusse zu bemerken, dass die Stilfassung des Gebäudes der französischen Renaissance entnommen ist, da bei Wahl einer sonstigen Stilart kaum die Möglichkeit vorgelegen hätte, mit einem so grossen Reichthum von Schaustücken aller Art aus Zink und anderen Surrogaten in der Façade des Gebäudes auftreten zu können. —

Den Schluss der Exkursion bildete ein längeres geselliges Zusammensein der Exkursionstheilnehmer im benachbart liegenden sog. Krug'schen Garten. B.

### Vermischtes.

#### Aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin betreffend das Jahr 1873.

Der erst etwa 1½ Jahre nach Ablauf des Jahres 1873 erschienene Verwaltungsbericht des Magistrats für jenes Jahr enthält über die Leistungen und Ausgaben der städtischen Bauverwaltung und ein paar andere Verwaltungszweige eine Anzahl von Angaben, die es verdienen, in weiteren technischen Kreisen bekannt zu werden. Wir entnehmen daraus das Folgende:

Die Gesamtausgaben der städtischen Bauverwaltung haben in 1873 rot. 6871732 M. betragen.

Dieses Jahr hat in Bezug auf die Vorbereitung und Ausführung von Hochbauten sehr bedeutende Anforderungen an die Bauverwaltung gestellt; es wird im Bericht angeführt, dass noch in keinem Jahre vorher eine mehr umfangreiche Bauhätigkeit entwickelt worden ist, wenngleich sich dies nicht durch Vollendung zahlreicher Bauten oder Verbrauch der grössten Geldsummen bemerkbar gemacht hat. — Das Jahr begann unter denselben ungünstigen Verhältnissen, mit denen das Vorjahr abgeschlossen hatte. Anfangs fehlte es an Arbeitskräften, in noch weit höherem Maasse an Baumaterialien, die in Folge dessen die höchsten Preise erreichten; dies änderte sich aber, als die im Laufe des Jahres eintretende Geldkrise zu einer erheblichen Verminderung der Privatbauhätigkeit führte.

Bei den höheren Lehranstalten wurden neue Bauten nicht begonnen, sondern nur die im Bau begriffenen weiter fortgeführt.

Auf den Weiterbau des Krankenhauses im Friedrichshain wurden 1428985 Mark verwendet und damit die Bauarbeiten der Hauptsache nach beendet; die Gesamtsumme der bis ultimo 1873 auf diesen Bau verwendeten Kosten ist 3291485 M.

Da im Frühjahr 1873 der Eintritt einer grösseren Cholera-Epidemie zu fürchten stand, wurde der Bau von 9 Lazareth-Baracken beschlossen, von denen 8 unter Aufwendung eines Kostenbetrages von 160988 M. zur Aufstellung kamen.

Unter sonstigen Hochbauausführungen sind als im Bau fortgesetzt, bezw. begonnen nur zu nennen: der Erweiterungsbau des Siechenhauses in der Gitschinerstrasse, Neubau des Feuerwachtgebäudes am Spittelmarkt und Neubau eines Strassenreinigungdepots in der Georgenstrasse. —

Eine sehr bedeutende Rolle spielten im städtischen Bauwesen die Strassenanlagen und Neu- und Umbauten dazu. Für diese Zwecke wurden im Jahre 1873 an Terrain erworben: 4737,2 □ m — 1504,9 □ m weniger als im Vorjahre — zum Durchschnittspreis von 31,08 M. pro □ m. —

Der zur Strassenpflasterung erforderliche Steinbedarf konnte nicht aus der Nähe gedeckt werden; es mussten daher die weit entlegenen Brüche von Brüssel, St. Wendel, Rammelsbach, Kusel etc. zu grösseren Lieferungen herangezogen werden. Ungeachtet der bedeutenden Eisenbahnfracht, welcher diese Steine unterliegen, haben dieselben kaum einen höheren Preis, als die aus geringeren Entfernungen bezogenen, und sind weit gleichmässiger und sorgfältiger bearbeitet als diese; die geringen Mehrkosten werden durch grössere Haltbarkeit des Pflasters, das aus den von fernher bezogenen Steinen hergestellt wird, aufgewogen. — Der Durchschnittspreis der in 1873 angekauften Pflastersteine stellte sich pro □ m auf 9,333 M. gegen 7,131 M. im Jahre 1872. Im Ganzen sind in 1873 für Beschaffung von Pflastersteinen verausgabt worden 1839207 M.

Die rapide Entwicklung der Stadt machte eine beträchtliche Ausdehnung der Neupflasterungen erforderlich; die Zunahme des Wagenverkehrs und die in früheren Jahren erfolgte Verwendung von Pflastermaterial geringer Qualität drängte neben zur Ausführung bedeutender Umpflasterungen.

Der absolute und relative Umfang der Pflasterungsarbeiten, welche im Jahre 1873 auf städtische Kosten ausgeführt worden sind, geht aus nachstehender tabellarischer Zusammenstellung hervor:

Jahre	Neu-Pflasterungen		Umpflasterungen		Zusammen	
	□ m.	Kosten M.	□ m.	Kosten M.	□ m.	Kosten M.
1869	15920	85200	35894	143745	51814	228945
1870	29712	129075	44531	214605	74245	345480
1871	43346	215445	10112	55335	53458	270780
1872	85053	550551	39400	137028	124453	687579
1873	173540	1568184	103829	1362117	277369	2930301

Hierzu eine Illustrations-Beilage: Situationsplan der Eisenbahn-Anlagen im Oderthal bei Stettin.

An Unterhaltungskosten der Strassen (excl. der oben aufgezählten Pflasterungen und Kanäle aber incl. Verbesserungen an den Rinnsteinbrücken) wurden im Jahre 1873 verausgabt 73275 M.

An Chausseen innerhalb und ausserhalb des Weichbildes der Stadt waren im Jahre 1873 zu unterhalten:

Länge im Weichbilde . . . . . 12169 m } 30819 m  
" ausserhalb des Weichbildes 18650 m }

Darauf waren vorhanden

Pflasterung . . . . . 23689 □ m } 162990 □ m  
Chaussurung . . . . . 139301 " }

Einschliesslich der erfolgten Verwendungen auf Brücken, Einnehmerhäuser etc. an diesen Chausseen sind an Unterhaltungskosten derselben verausgabt: 58553 M., d. i. pro □ m unterhaltener Pflasterung und Chaussurung rot. 0,36 M.

Innerhalb des Weichbildes der Stadt sind zu erhalten:

	lfd. M.	□ M.
Wege . . . . .	4611	—
Plätze . . . . .	—	19,403
Promenaden . . . .	6204	32,418

Hierfür wurden im Jahre 1873 verausgabt 15870 M.

Auf den Weiterbau der Schillingsbrücke wurden in 1873 verwendet rot. 126087 M., für Brücken und kleinere Wasserbauten überhaupt 139329 M. \*) (Schluss folgt.)

\*) In den älteren Stadttheilen Berlins liegt die Unterhaltung des Strassenpflasters dem öffentlichen Fiskus ob, dessen Verpflichtung durch Vertrag mit der Stadt auf die Unterhaltung von 1500000 □ m Strassenpflaster fest umgrenzt ist. Die Unterhaltung der Brücken ist gleichfalls Sache des öffentlichen Fiskus.

Die Red.

### Konkurrenzen.

Monats-Aufgaben für den Architekten-Verein zu Berlin zum 2. Oktober 1875.

I. Im Thiergarten, in der Nähe der Rousseau-Insel, soll eine ständige, gut akustische Musikhalle errichtet werden, die einer Kapelle von 60 Mitgliedern genügenden Platz gewährt. Das ansteigende Podium liegt an seiner tiefsten Stelle 2 m über Terrain. — Maasstab des Grundrisses 1:200, der Ansichten und des Durchschnitts 1:100.

II. Ueber einen Kanal soll eine Hauptleitung für die Gasversorgung eines Stadttheils fortgeführt und dieselbe gleichzeitig für die Anlage einer Brücke für Fusspassage ausgebildet werden; zu letzterem Zwecke ist die Hauptleitung in zwei Röhren von je 0,4 m Durchmesser herzustellen beabsichtigt. Der Kanal hat im Wasserspiegel eine Breite von 20 m bei 3 m Wassertiefe, die Uferstrassen liegen 2 m über diesem Wasserspiegel; eine Einschränkung der lichten Oeffnung auf 15 m ist zulässig; im Scheitel der Ueberführung muss 4 m lichte Höhe über Wasserspiegel verbleiben zum Durchfahren der Schiffe; die Laufbrücke soll 2 m Breite erhalten; die Konstruktion ist statisch zu begründen.

Alle wichtigen Maasse, Annahmen und Rechnungs-Resultate sind in den Zeichnungen an geeigneter Stelle einzutragen.

### Brief- und Fragekasten.

Frage mit Bitte um Beantwortung aus dem Leserkreise d. Ztg.

Sind irgendwo Untersuchungen angestellt über die sog. Selbstreinigung der Flüsse, aus welchen man mit einiger Sicherheit schliessen kann, in welcher Entfernung die organischen Bestandtheile von Schmutzwässern, welche einem Strom von bestimmter Wassermenge und Geschwindigkeit übergeben werden, zerstört, bezw. für die Gesundheit unschädlich gemacht sind? Ich gebe von vornherein zu, dass dieser letzte Begriff selbst bei Aerzten und Chemikern noch nicht festgestellt ist, daher auch die Antwort verschieden ausfallen mag. Gegenüber der von manchen Seiten frischweg gewagten Behauptung, dass z. B. im Rhein sämtliche in den Fluss gelangende Exkremente von Basel bis Holland sich in letzterem Lande versammelt vorfinden müssten, scheint es aber von Werth, doch irgend welche Anhaltspunkte für die im Allgemeinen bekannte sog. Selbstreinigung zu haben, um zu beurtheilen, wieweit man die Verunreinigung öffentlicher Gewässer durch städtische Abflüsse treiben darf. Br.

**Inhalt.** Architekten-Verein zu Berlin. — Anschlüsse von Privatgleisen an öffentliche Eisenbahnen. — Forterhebung des Chausseegeldes auf nicht fiskalischen

Strassen. — Besetzung der Baubeamten-Stellen der Provinzial-Verwaltung in Hessen. — Personal-Nachrichten.

**Architekten-Verein zu Berlin.** Hauptversammlung am 4. September 1875; Vorsitzender Hr. Hobrecht; anwesend 78 Mitglieder und 5 Gäste.

Eingegangen sind: Von der K. Eisenb.-Direkt. zu Frankfurt a. M. eine Photographie vom Cornberger Tunnel (mit Ausbau in Eisen nach Rziha'schem System); von Hrn. Plessner eine neue Broschüre betitelt: Noch ein Wort zur Anregung des Baues der Lokalbahnen etc., und von M. W. Lassally's graphischer Anstalt, Berlin, W. Unter den Linden 28, eine Mittheilung betr. ein Nachschlagewerk über den gesetzlichen Schutz der Waarenbezeichnungen. —

Das Freie deutsche Hochstift zu Frankfurt a. M. ersucht den Verein, sich bei der Spendung eines silbernen Lorbeerkränzes zur Gedächtnissfeier Michel-Angelo's durch Stiftung eines Blattes etc. zu betheiligen. Dem vom Vorsitzenden hierzu gemachten Vorschlage, die Angelegenheit wegen zu weit vorgerückter Zeit auf sich beruhen zu lassen, schliesst die Versammlung sich an. —

Von der vom „Verbande“ herausgegebenen Denkschrift über die Ausbildung der Bautechniker sind dem Verein 330 Exemplare überwiesen worden: Die Entnahme eines Exemplars davon wird jedem Vereinsmitgliede frei gestellt. —

Die Fabrik teppichähnlicher Holz-Mosaik-Fussböden von Stern, König & Co., Berlin, S. Buckowerstr. 7, hat eine Kollektion ihrer Erzeugnisse im Vereins-Saale ausgestellt, über welche Hr. Böckmann einige Bemerkungen macht. Diese Erzeugnisse bestehen aus Holztafeln von der Stärke nur weniger Millimeter die aus kleinen Holzstiften von verschiedener Färbung mittels eines kräftigen Klebemittels so zusammengesetzt sind, dass Teppichmuster entstehen; die Tafeln werden zur Verwendung in Fussböden auf Brettertafeln von gewöhnlicher Stärke aufgeleimt. Der stumpfe Farbenton der Muster, zusammen mit der gewebe-ähnlichen Textur, verleihen den Tafeln ein im allgemeinen günstiges Aussehen, welches aber dadurch nicht verbessert wird, dass zur Erzeugung einer glatten Fläche die oben liegende Seite der Tafeln gehobelt werden muss. Besser auch würde das Fabrikat sein, wenn in den Ansichtsflächen nur Hirnholz vorkäme, anstatt dass, dem Anschein nach, neben Hirnholz vielfach auch Langholz in denselben auftritt. Immerhin empfiehlt sich das neue Fabrikat zur versuchsweisen Anwendung, welche durch die relativ niedrige Preisstellung erleichtert wird. Die nicht aufgeleimten Tafeln — das Muster — kosten pro  $\square^m$  etwa 22,5 M., zum Einlegen in Fussböden fertig gestellte Tafeln etwa 40 M. pro  $\square^m$ . — Der Vortragende stellt die Richtigkeit der Angabe der Fabrikanten, dass die Mustererzeugung auf mechanischem Wege stattfindet, in Zweifel, glaubt vielmehr an eine Ausführung durch Frauenarbeit, bei welcher der niedrige Preis der Arbeit nicht auffällig sei. —

Hr. Orth giebt einige Erklärungen zu einer eingelaufenen Zusehrift, welche die für die Hochbauaufgabe zum Schinkelfest 1876 vorgeschriebenen Maasstäbe betrifft. Von dem Verfasser der Zusehrift wird der Maasstab für die Situation für zu gross gehalten, desgleichen der Maasstab für die Leichenhallen etc. Was den Maasstab für die Situation betrifft, so glaubt Hr. Orth, dass die Entstehung zu grosser Zeichenblätter dadurch vermieden werden könnte, dass nicht das ganze, zur Benutzung disponible Terrain aufgetragen wird, sondern nur dasjenige Stück desselben, welches wirklich zur Benutzung gezogen wird. Die Eintheilung der für allgemeine Gräber bestimmten Fläche brauche auf dem Plane nur angedeutet zu werden; zu näheren Angaben hierüber liesse sich das der Aufgabe beigegebene Ueberdruck-Blatt benutzen. Was die Maasstäbe der Baulichkeiten betreffe, so seien hieran Aenderungen kaum noch zulässig; durch Anwendung praktischer Hilfsmittel, wie etwa Vermeidung der Wiederholung gleicher Theile der Anlage, Abbrechen von Arkadenstellungen etc., werde man sich zu helfen suchen müssen; die Maasstäbe seien auch mit Absichtlichkeit so gross wie geschehen gewählt und der Grösse der Gegenstände angemessen. Der Vortragende will übrigens den Gegenstand in einer zu veranstaltenden Kommissions-Sitzung zur Sprache bringen und stellt darnach den Erlass einer authentischen Erklärung der Kommission in der D. Bauztg. in Aussicht. — Hr. Schwatlo bezweifelt, dass die Kommission heute noch zu Recht bestehe, und wünscht, in Rücksicht auf den Stand der Arbeiten, den einzelne Konkurrenten vielleicht schon erreicht hätten, dass nachträgliche Interpretationen und Erklärungen vollständig unterbleiben; indessen ist auf Vorschlag des Vorsitzenden die Versammlung damit einverstanden, dass eine definitive Regelung der Angelegenheit im Sinne der von Hrn. Orth gemachten Aeusserungen statfinde. —

Beim Erwerb des Vereinshauses sind laut früherer Mittheilung eine Anzahl von Prioritäts-Obligationen der Aktiengesellschaft Bergbrauerei im Nominalbetrage von 12000 M. in den Besitz des Vereins mit übergegangen. Es liegt jetzt eine Offerte vor, durch welche die Aussicht sich eröffnet, die Obligationen zum Preise von 40 Prozent veräussern zu können. Da nach Hrn. Böckmann's Mittheilung die Papiere zum Werthe = Null im Vereinshaus-Konto geführt werden, gelangt der vom Vorstande gestellte Antrag, zu der Veräusserung die Genehmigung zu ertheilen, durch  $\frac{2}{3}$  Majorität zur Annahme. Der Vorsitzende knüpft hieran die Mittheilung, dass die Summe der bis jetzt für das Vereinshaus gezeichneten Beiträge sich

auf 171150 M. stellt und dass erfreulicherweise zahlreiche Zeichnungen aus den Kreisen der jüngeren Vereinsmitglieder erfolgt sind. An die Aufforderung an den übrigen Theil der Vereinsmitglieder zu vielfacher Nachahmung schliesst sich die Mittheilung, dass zur Entlastung des Säckelmeisters und zur Erleichterung für alle Betheiligten die Hebung und Auszahlung der Gelder für das Vereinshaus durch Hrn. Ernst sich empfehlen werde, der dieser Mühewaltung sich unterziehen wolle. Der bisherige Zustand, nach welchem Hr. Steuer der eigentliche Rechnungsführer des Vereins sei, solle jedoch ungeändert bestehen bleiben, da beide Genannten in fortdauerndem Abrechnungsverhältniss zu einander stehen würden. Die Versammlung akzeptirt diesen Vorschlag. —

Es folgte die Beurtheilung der Monatskonkurrenzen im Hochbau durch Hrn. Schwatlo. Verlangt war zum 1. August der Entwurf eines zum Aufstellen (nicht Aufhängen) bestimmten Photographie-Rahmens aus Eisen- oder Bronzeguss mit Schmucksteinen mässig verziert. — Eingegangen sind 5 Arbeiten. Davon ist die Arbeit mit dem Motto „David“ ihrer Unreife wegen entschieden als diejenige eines Anfängers anzusprechen. — Die Arbeit „In trinitate“ weist mehre Mängel in Beziehung auf die gewählten Profile und Formen auf; völlig missrathen, weil steif und ungeschickt, ist der nach der Antike gebildete Fuss des Rahmens. Der Entwurf mit dem Motto „Edelstein“ zeigt grosse Routine in der Behandlung der Formen und Ornamente und es ist nicht zweifelhaft, dass derselbe, wenn etwa Goldschmiede als Preisrichter hier fungirten, mit dem Preise bedacht und auch zur Ausführung gebracht werden würde. Der Architekten-Verein aber kann Willkürlichkeiten in Formen und Ornamenten, wie sie bei diesem Entwurf namentlich am Fuss und an der Verdachung auftreten, nicht sanktioniren und muss ausserdem die als „unmässig“ zu bezeichnende, viel zu zahlreiche Verwendung von Schmucksteinen, welche an demselben auftritt, verwerfen. — Die Arbeit mit dem Motto „Probe“ ist recht reizvoll; sehr gut gelungen ist die Seitenansicht; Mängel zeigen die Endigungen der Verdachung und einige Maasstabsfehler, so dass es nicht möglich gewesen ist, in der Kommission für die Ertheilung eines zweiten Andenkens an diesen Entwurf eine Majorität zusammen zu bringen. — Motto „Adio“ ist ein mit ausserordentlicher Sicherheit gearbeiteter Entwurf, welcher als direkt für die Ausführung gemacht erscheint. Ganz besonders schön ist die Seitenansicht des Rahmens, während dasjenige Stück, welches die beiden Bildöffnungen trennt, in der Breite etwas zu bedeutend gerathen ist. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, diesem Entwurf den Preis zu ertheilen; als Verfasser desselben wird Hr. Carl Zaar (zur Zeit auf einer Studienreise nach Italien abwesend) ermittelt. —

Zum Schluss der Sitzung gelangen einige Fragen zur Beantwortung. Hr. Hagen setzt mit ein paar Worten die Vorzüge sowohl als Mängel eines Nadelwehrs gegenüber dem eines gewöhnlichen Wehrs — Unbeschränktheit in der Länge, leichte Freimachung eines beliebigen Stücks für den Eisdurchgang, leichte Erhaltung eines bestimmten, nur zwischen den Grenzen von 0—1,5m schwankenden Wasserstandes, dagegen aber auch, grosse Sorgfalt in der Bedienung und Wasserverluste — auseinander und spricht sich dahin aus, dass für kleine Anlagen mit selten vorkommendem Hochwasser und nicht fortwährend der Bedienung das gewöhnliche Wehr mit Grundablass im allgemeinen wohl den Vorzug verdienen werde. — Zu einer Frage betr. die Rätlichkeit der gleichzeitigen Verwendung von 2 Zementsorten von sehr ungleicher Erhärtungsdauer zur Anfertigung von Beton erheben sich mehre Stimmen, die schliesslich dahin sich einigen, dass ein günstiger Erfolg von vornherein nicht zu erwarten sei und die Frage nur durch Anstellung von Proben entschieden werden könnte. — Zu einer Frage betr. die Ausführung der Kanalisation für das Radialsystem IIIa — umfassend die südwestliche, zwischen Belle-Alliance Strasse und Schiffahrtskanal liegende Stadtgegend — ertheilt Hr. Hobrecht die Antwort, dass erst vor Kurzem die Mittel zur Ausführung der Vorarbeiten für die Kanalisation dieses Stadttheils disponibel gestellt seien, daher ein Inangriffnehmen der Arbeiten noch in ziemlich weitem Felde liege. —

In üblicher Abstimmung werden die Herren Buss, H. O. Hoffmann, Koken, Rossteuscher, Rudolph und v. Wickede als Mitglieder aufgenommen. — B.

**Anschlüsse von Privatgleisen an öffentliche Eisenbahnen.** In der K. Z. finden wir eine Mittheilung etwa folgenden Inhalts:

Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, ob und in wieweit bei Feststellung der Bauprojekte zu Privatgleisen, die an eine dem öffentlichen Verkehr dienende Eisenbahn angeschlossen worden, so wie zur Genehmigung der Inbetriebnahme und der polizeilichen Beaufsichtigung des Baues und Betriebes solcher Gleise die Mitwirkung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde erforderlich sei?

Hierzu hat der Handels-Minister kürzlich bestimmt, dass, abgesehen von der Prüfung und Genehmigung des Projektes für den Anschluss, eine Mitwirkung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde nur dann eintritt, wenn die betreffenden Privatgleise mit dem Betriebsmaterial der an-

schliessenden Hauptbahn befahren werden sollen. In diesem Falle unterliegt das Bauprojekt der Prüfung und Genehmigung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde, deren Genehmigung auch nach Vollendung des Baues zur Inbetriebnahme der Gleise erforderlich ist. Die Zuziehung der Landes-Polizeibehörden und bei Bergwerksbahnen der Bergbehörden soll hierdurch nicht ausgeschlossen werden. Die polizeiliche Beaufsichtigung des Baues und Betriebes solcher Privatgleise erfolgt dagegen durch die zuständigen Landes-Polizei- und bezw. Bergwerksbehörden ohne Mitwirkung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde. Von den ersteren sollen jedoch diejenigen Anordnungen und Bestimmungen, welche bei Festsetzung des Bauprojektes Seitens der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde für notwendig erachtet, bei der Beaufsichtigung des Betriebes sowohl wie des Baues dieser Gleise unbedingt beachtet werden, so dass jede Aenderung der Projekte, wie jede Abweichung von den bei Festsetzung derselben getroffenen Bestimmungen der Genehmigung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde in gleicher Weise unterliegt.

Damit jedoch durch die Betheiligung der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde bei der Festsetzung der Bauprojekte und der Genehmigung der Inbetriebnahme eine Verzögerung des Verfahrens nicht bedingt werde, sind die Befugnisse der Eisenbahn-Kommissariate dahin erweitert worden, dass denselben die Entscheidung über die bezüglichen Anträge der Anschluss-sucher bezw. Anschluss-Inhaber in allen denjenigen Fällen, in welchen nur die Wagen, nicht auch die Lokomotiven der Hauptbahn auf die anschliessenden Privatgleise übergehen — vorbehaltlich des Rekurses an die vorgesetzte Ministerial-Instanz — übertragen ist. —

**Forterhebung des Chausseegeldes auf nicht fiskalischen Strassen.** Nachdem durch ein besonderes Gesetz im verflossenen Jahre die Chausseegeldzahlung auf den fiskalischen Strassen beseitigt worden ist, und nachdem zahlreiche Wegeverbände in der Provinz Hannover auf das ihnen zustehende Recht zur Forterhebung der Wegegelder auf den Landstrassen freiwillig verzichtet haben und an dieses Vorgehen sich der Gedanke anknüpfen konnte, dass der hiervon nicht betroffene Rest der Chaussee-Schlagbäume binnen wenigen Jahren aus Deutschland von selbst verschwinden werde, macht es einen etwas eigenthümlichen Eindruck, zu sehen, dass Seitens des Staats noch heute neue Chausseegeld-Erhebberechtigungen eingeführt werden.

Der R.- u. St.-A. v. 26. d. M. publizirt ein solches, dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode landesherrlich verliehenes Privilegium, das ganz in der gewöhnlichen Form der früheren Zeit gehalten ist.

Warum es geschieht, dass der Staat auf die Ausübung seines Rechts, derartige Privilegien fernerhin nicht mehr zu verleihen, verzichtet und dadurch die jetzt bestehenden grossen Ungleichheiten, anstatt dieselben zu beseitigen, umgekehrt noch vermehren hilft? ist eine Frage, zu der man lebhaft angeregt wird. U. E. stehen die Belästigungen des Verkehrs durch die Chausseegelder in keinem rechten Verhältniss zu dem geringen Ertragniss derselben, das durch die sehr hohen Erhebungskosten (20—33%) zudem auf ein relatives Minimum an Nutzen herabgedrückt wird. Hoffentlich wird die neue Zeitströmung mächtig genug sein, die Schlagbäume zahlreicher Farben, welche als Reminiszenzen älterer Zeiten hier und da in Deutschland noch angetroffen werden, im Laufe weniger Jahre dem Reiche der Vergessenheit anheim fallen zu machen.

**Besetzung der Baubeamten-Stellen der Provinzial-Verwaltung in Hessen.** In unserer No. 69 ist ein Inserat mitgetheilt, welches zu Meldungen für 8 Baubeamtenstellen der hessischen Provinzial-Verwaltung auffordert. Zu dem Zweck auf ein paar dabei in Frage kommende Punkte aufmerksam zu machen, drucken wir jenes Inserat auch im gegenwärtigen Theile unseres Blattes ab. Dasselbe lautet:

Nachdem zufolge Gesetzes vom 8. v. Mts. und auf deshalbigen Beschluss des ständischen Verwaltungs-Ausschusses für den Regierungsbezirk Cassel die Verwaltung und Unterhaltung sämtlicher Staatschausseen und die obere Leitung des Landwegebaues im Regierungsbezirk Cassel auf den Kommunal-Verband mit dem 1. Januar k. J. übergehen wird, hat eine Einteilung des Regierungsbezirks in 8 Baudistrikte stattgefunden, in deren jedem das Chaussee- und Landwege-Bauwesen, sowie etwa vorkommende Hochbauten von einem ständischen Baubeamten geleitet werden sollen.

Diese Baubeamten werden, nach einer vorläufigen Einteilung, das Bureau für ihren Bezirk zu errichten haben.

1) in Cassel, 2) in Homberg, 3) in Hersfeld, 4) in Eschwege, 5) in Fulda, 6) in Hanau, 7) in Marburg, 8) in Rinteln, und fordere ich hierdurch Bautechniker, welche sich um Anstellung bewerben wollen und die im Allgemeinen die Qualifikation eines Kreisbaumeisters besitzen, auf ihre deshalbigen Gesuche mit den erforderlichen Zeugnissen versehen bis zum 1. November d. J. bei mir einzureichen, auch ihre etwaigen Bedingungen anzugeben.

Das Gehalt ist von 2400 M. bis zu 4200 M. jährlich bestimmt, wozu eine Wohnungsschädigung von 300 M. und in der höchsten Gehaltsklasse von 600 M. tritt. Pensions-

bestimmungen wie dormalen im Staatsdienst. Büroakosten 1500 M.

Cassel, am 24. August 1875.

Der Landes-Direktor in Hessen  
v. Bischoffshausen.

Mit Rücksicht auf den Schlusspassus der Aufforderung fügen wir den derselben zu Grunde liegenden § 95 der neuen Provinzial-Ordnung v. 29. Juni d. J. hinzu, welcher wie folgt lautet: „Ueber die an den einzelnen Provinzialinstituten und in der Provinzialchaussee- und Wegeverwaltung anzustellenden Beamten, so wie über die Art der Anstellung derselben wird durch die für jene Institute und jenen Verwaltungszweig zu erlassenden Reglements bezw. die für dieselben festzustellenden Etats bestimmt. Bis zum Erlasse neuer Reglements bleiben die bestehenden Reglements in Geltung.“

Die in § 95 angezogenen Reglements werden vom Provinzialalltag beschlossen; in Bezug auf einzelne Punkte unterstehen dieselben der Genehmigung der Ressort-Minister; unter diesen Punkten sind jedoch diejenigen über die Verhältnisse der Baubeamten nicht einbezogen (§ 120 der Prov.-Ordg.); über letztere entscheiden daher die Provinzial-Verwaltungen in durchaus selbstständiger Weise.

Die Qualität von Provinzial-Beamten haben nach den §. 87—94 der neuen Provinzial-Ordnung die Baubeamten der Provinzial-Verwaltungen nicht; das Verhältniss derselben zu ihrer Dienstbehörde trägt daher, so lange nicht allgemein gültige Reglements publizirt sind, lediglich einen vertragsmässigen Charakter, nicht den der „Anstellung“ im strengeren Sinne des Worts, was beim Eintritt in solchen Dienst jedenfalls beachtet sein will.

Was den Umfang der den anzustellenden hessischen Provinzial-Baubeamten zu überweisenden Geschäfte betrifft, so dürfte derselbe anscheinend nicht gerade gering ausfallen. Der Reg.-Bezirk Cassel enthält 23 Baukreise; wenn man den auf die Provinzial-Verwaltung übergehenden Theil der Sachen auf 8 Beamte überträgt, werden namentlich die Reisekosten-Auslagen dieser Beamten ziemlich bedeutend ausfallen müssen. Ob der Satz von 1500 M., der für Reisekosten und Bureaubedürfnisse geboten wird, ausreichend bemessen ist eine Frage, die sich hiernach von selbst aufdrängt.

## Personal-Nachrichten.

Preussen.

**Ernannt:** Der Bau-Assistent Heinrich Preusser in Schmalkalden zum Bau-Inspektor das. Der Baumeister Wilh. Herborn zu Burgsteinfurt zum Kreisbaumeister dasselbst.

**Versetzt:** Der Eisenb.-Baumeister Krackow von Stargard i. P. nach Posen.

Dem Kreisbaumeister Thon ist gestattet worden, seinen Wohnsitz von Betzdorf nach Wissen, Regierungsbezirk Koblenz, zu verlegen.

Die Kandidaten der Baukunst, welche in der zweiten diesjährigen Prüfungsperiode die Prüfung als Bauführer abzulegen beabsichtigen, werden unterm 1. Septbr. aufgefordert, bis zum 30. d. M. sich schriftlich bei der techn. Bau-Deputation in Berlin zu melden und dabei die vorgeschriebenen Nachweise und Zeichnungen einzureichen. Wegen der Zulassung zur Prüfung wird denselben demnächst das Weitere eröffnet werden.

Meldungen nach dem angegebenen Termine müssen unberücksichtigt bleiben.

## Marktbericht des Märkischen Ziegler-Vereins.

Berlin, den 2. September 1875.

Die Woche verlief sehr still. Preise blieben unverändert.

Verschlossen:

Hintermauerungsziegel Normal-Format I. Qual. 42 M.

Heutige Notirungen:

Sämmtliche Preise verstehen sich loco Berlin, Ufer od. Bahnwagen, in Mark pro Tausend.		I Qual.	II Qual.	III Qual.
Hintermauerungs-Ziegel	Normal-F.	41	40	39
ditto	Mittel-F. (24zm)	38	37	36
ditto	klein F. (23zm)	36	35	35
Rathenower, Braunkohlen-, Thon-Ziegel und ähnliche	Normal-F.	48	45	42
ditto	Mittel-F.	45	42	39
Verblend-Ziegel	Normal-F.	100	70	55
ditto	Drei-Quartiere	90	65	45
ditto	Halbe	70	50	30
ditto	Ein-Quartier	45	35	25
Klinker	Normal-F.	70	55	45
ditto	Mittel-F.	60	45	40
ditto	klein F.	—	40	36
Loch-Ziegel	Normal-F.	42	40	38
ditto	Mittel-F.	40	38	36
Poröse Thon-Voll-Ziegel	Normal-F.	40	38	36
ditto	Mittel-F.	38	36	34
Poröse Thon-Loch-Ziegel	Normal-F.	41	39	37
ditto	Mittel-F.	38	37	36
Dachziegel (Biberschwänze)		45	42	39

Der Börsen-Vorstand.